

Was muss besser werden in Deutschland?

Expertenbefragung zur
Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschlands

GESAMT**METALL**
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

- Untersuchungsbericht -

17. Februar 2017

16 / 09 / G1628

Inhaltsübersicht

1	Vorbemerkungen	2
2	Einzelergebnisse	3
2.1	Die Sicht der Wirtschaft in Deutschland	3
2.2	Die größten Aufgaben für Deutschland in den kommenden Jahren	5
2.3	Die Rolle der Politik	7
2.3.1	Wichtigste politische Maßnahmen einer neuen Bundesregierung	7
2.3.2	Wachstumsfördernde politische Maßnahmen	9
2.3.3	Verwendung von Haushaltsüberschüssen	11
2.4	Einstellungen zu zentralen Einzelthemen	13
2.4.1	Arbeit und Soziales	13
2.4.2	Renten	16
2.4.3	Bildung und Forschung	18
2.5	Positive Aspekte des Lebens in Deutschland	21
3	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	23

1 Vorbemerkungen

Im Jahr 2017 stehen mit Landtagswahlen in mehreren Bundesländern, insbesondere aber natürlich der Bundestagswahl im September, wichtige politische Weichenstellungen bevor, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Deutschland haben können. Neben aktuellen Herausforderungen wie der Flüchtlingskrise und außenpolitischen Krisensituationen gibt es dabei auch langfristige Entwicklungen wie der demografische Wandel oder die zunehmende Digitalisierung der beruflichen und privaten Welt, die Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nehmen können.

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat deshalb im Vorfeld einer geplanten Veranstaltung mit entsprechend thematischer Ausrichtung eine Expertenbefragung zum Thema „**Was muss besser werden in Deutschland?**“ durchgeführt. Die GMS Dr. Jung GmbH befragte hierbei insgesamt 44 Gesprächspartner in ca. halbstündigen qualitativen Leitfadengesprächen zu ihrer Sicht des derzeitigen Zustands der Wirtschaft in Deutschland sowie zu den Erwartungen im Hinblick auf die Lösung der wichtigsten wirtschaftlichen, sozial- und bildungspolitischen Herausforderungen.

Zielgruppe der Untersuchung waren alle in Verbindung mit der Wirtschaft in Deutschland wichtigen Stakeholder-Gruppen mit Ausnahme der Politik als die rahmensetzende Instanz. Dabei sollte allerdings ein Schwerpunkt auf die Perspektive der Unternehmen gelegt werden, weshalb Vertreter von Unternehmen und Unternehmensverbänden überdurchschnittlich häufig in der Stichprobe berücksichtigt wurden. Von insgesamt 44 durchgeführten Interviews entfielen so 20 Gespräche auf Unternehmensvertreter, 12 auf Verbandsvertreter und weitere 5 auf Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter von Stiftungen. Ferner wurden 4 Vertreter von Gewerkschaften (Betriebsräte größerer Unternehmen) sowie 3 Fachjournalisten befragt. Die Entwicklung der Stichprobe erfolgte in enger Abstimmung zwischen der Projektgruppe von Gesamtmetall und der GMS.

Die **überwiegend telefonisch durchgeführten Interviews** wurden in der Zeit zwischen dem 1. Dezember 2016 und dem 23. Januar 2017 ausschließlich durch Mitarbeiter der GMS durchgeführt, die bereits über Erfahrung mit der Durchführung von qualitativen Expertengesprächen verfügten. Die schriftlichen Aufzeichnungen der Expertengespräche wurden anschließend durch ein Analyseteam ausgewertet. Die Ergebnisse der Untersuchung sind bei dieser Erhebungsmethode nicht repräsentativ im statistischen Sinn, sondern geben ein Stimmungsbild von Wirtschaftsexperten zum Befragungszeitpunkt wieder.

Die im Interview behandelten **Untersuchungsthemen** betrafen die Grundhaltungen zur derzeitigen Lage der Wirtschaft in Deutschland (Stärken und Schwächen), die größten Aufgaben, vor denen Deutschland in den kommenden Jahren steht und mögliche, das Wirtschaftswachstum fördernde politische Maßnahmen. Darüber hinaus sollten sich die Interviewpartner auch in die Rollen des Bundesfinanzministers und -kanzlers bzw. der Bundesfinanzministerin und -kanzlerin hineinversetzen, um (weitere) zentrale wirtschaftliche und politische Maßnahmen zu identifizieren, die aus ihrer Sicht besonders wichtig sind. Zudem wurden auch wichtige Einzelthemenbereiche wie Arbeit und Soziales, Renten, Forschung und Bildung tiefgehend erörtert.

Die Heterogenität der für die Wirtschaft in Deutschland bedeutsamen Stakeholder und damit verbundene Interessengegensätze spiegeln sich sowohl in der Stichprobe dieser Expertenbefragung als auch in den Antworten der Befragten wider. Ungeachtet der Tatsache, dass bei einigen Einzelthemen die Positionen der Befragten durch ihre bzw. die spezifischen Interessen des von ihnen vertretenen Stakeholders geprägt werden, ergibt sich dennoch ein relativ eindeutiges Bild. Die Unterschiede fallen bei den meisten Fragestellungen eher gering aus. Ausnahmen sind die Themenbereiche Arbeitsmarkt und Rente, bei dem sich die Sichtweisen der Arbeitnehmervertreter von denen der restlichen Stakeholder-Gruppen spürbar unterscheiden.

2 Einzelergebnisse

2.1 Die Sicht der Wirtschaft in Deutschland

Bevor mit den Experten die wichtigsten Zukunftsherausforderungen erörtert werden konnten, vor denen Deutschland in den kommenden Jahren steht, wurden zunächst die Grundhaltungen zur Wirtschaft in Deutschland ermittelt. Hierzu konnten sich die Befragten zu ihrer Sicht der Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts Deutschland äußern.

Bei dieser Bestandsaufnahme nennen die Wirtschaftsfachleute, trotz ihrer insgesamt erkennbar überwiegend positiven Sicht der derzeitigen Wirtschaftslage, Schwächen ähnlich häufig wie Stärken (Abbildung 1). Dies dürfte vor allem auf ihren hohen Kenntnisstand und die gezielte Nachfrage zurückzuführen sein.

Abbildung 1:

Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Stärken (alle)	Schwächen (alle)
<ul style="list-style-type: none"> • Politische / staatliche Rahmenbedingungen >3/4 <ul style="list-style-type: none"> – Duales Ausbildungssystem – Politische Stabilität, Rechtssicherheit – Infrastruktur – Bildungssystem • Wirtschaftsstruktur 3/4 <ul style="list-style-type: none"> – Starker Mittelstand – Industrielle Basis – Ausgewogen: Größe und Branchen • F&E, Know-how, Qualität 2/3 <ul style="list-style-type: none"> – Kreativität, Innovationskraft – „Ingenieurskunst“, Know-How, Qualität • Sozialer Frieden, Sozialpartnerschaft 1/3 <ul style="list-style-type: none"> – Sozialpartnerschaft • Stärken der Arbeitnehmer >1/10 • Lage, Größe vereinzelt 	<ul style="list-style-type: none"> • Politische / staatliche Rahmenbedingungen >4/5 <ul style="list-style-type: none"> – Bürokratie, Überregulierung – Lohn(neben-)kosten – Bildungssystem – Energiekosten – Infrastruktur • F&E, Know-how, Qualität <1/3 <ul style="list-style-type: none"> – Zu geringe Innovationskraft – Übergang Forschung zu Vermarktung • Arbeitsmarkt >1/5 <ul style="list-style-type: none"> – Demografische Entwicklung, Fachkräftemangel • Digitalisierung 1/5 • EU / Ausland / Krisen 1/10 • Mentalität der Bevölkerung selten • Soziale Ungleichheit selten • Unternehmen selten

Nur Angabe ungefährender Größenordnungen; Reihenfolge nach Nennungshäufigkeiten; angegeben sind die häufigsten Nennungen

Politische und staatliche Rahmenbedingungen spielen dabei sowohl bei den Stärken als auch bei den Schwächen die größte Rolle. Bei den insgesamt von über drei Vierteln als **Stärke** angesprochenen Rahmenbedingungen werden insbesondere das duale Ausbildungssystem („perfekte Kombination aus Praxis und Theorie“) und die politische Stabilität bzw. Rechtssicherheit genannt, spürbar seltener auch die vorhandene Infrastruktur oder das Bildungssystem gelobt (Abbildung 1).

Fast genauso häufig wie die staatlichen Rahmenbedingungen wird von drei Vierteln der Experten auch die Wirtschaftsstruktur Deutschlands als Stärke hervorgehoben. In diesem Zusammenhang betonen die Gesprächspartner insbesondere die mittelständische Prägung, aber auch die besonders im Vergleich zu anderen europäischen Staaten immer noch starke industrielle Basis. Die Ausgewogenheit von verschiedenen Unternehmensgrößenklassen, aber auch verschiedener Branchen (Industrie und Dienstleistungen) zählen ebenfalls zu den positiven Aspekten der Wirtschaftsstruktur (Abbildung 1).

Noch etwa zwei Drittel der befragten Experten sprechen auch verschiedene positive Aspekte im Bereich Forschung & Entwicklung bzw. die besonders gute Qualität deutscher Produkte an. Vor allem die Kreativität und Innovationskraft deutscher Unternehmen, aber auch die sprichwörtliche „deutsche Ingenieurskunst“ (Herstellung hoch komplexer Produkte, häufig in speziellen Nischen) werden hier besonders häufig erwähnt (Abbildung 1).

Mit einem Drittel der Nennungen ist darüber hinaus der in Deutschland existierende soziale Frieden mit einer funktionierenden Sozialpartnerschaft, eher seltenen und gemäßigt ausgetragenen Arbeitskämpfen ebenfalls eine bedeutsame Stärke (Abbildung 1). Sie wird sowohl von Unternehmen als auch durch Gewerkschaftsvertreter positiv angesprochen.

Des Weiteren spielen unter den Stärken der Wirtschaft in Deutschland auch die Fähigkeiten der Arbeitnehmer (Leistungsfähigkeit, Flexibilität, „deutsche Tugenden“) und vereinzelt auch die Lage bzw. Größe des Landes eine Rolle (Abbildung 1).

Bei den **Schwächen** der Wirtschaft in Deutschland besitzen für gut vier Fünftel der Gesprächspartner die politischen und staatlichen Rahmenbedingungen den eindeutig größten Stellenwert. Im Einzelnen werden hier vor allem die in Deutschland übliche „Regulierungswut“ und „Überbürokratisierung“, aber auch zu hohe Lohn(neben-)kosten und Schwächen beim Bildungssystem („Bildungsstand der Berufsanfänger ist oft katastrophal“) genannt. Zu hohe Energiekosten und mittlerweile vermehrt auftretende Mängel bei der Infrastruktur erschweren aus Expertensicht ebenfalls die Rahmenbedingungen für Unternehmen in Deutschland (Abbildung 1).

Immerhin fast jeder Dritte Interviewpartner spricht auch Probleme im Bereich der Forschung und Entwicklung an. Kritisch werden hierbei die teils fehlende Innovationskraft (z.B. autonomes Fahren, E-Autos) oder aber auch die eher fortschrittsfeindliche deutsche Mentalität („es werden fast immer nur die Risiken von neuen Entwicklungen gesehen“) wahrgenommen. Ein weiteres Problem stellt der Übergang von der Entwicklung eines neuen Produktes zur Marktreife bzw. Vermarktung dar, der in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern aus Sicht einiger Experten eher schlecht funktioniert (Abbildung 1).

Als weitere Schwachpunkte werden durch den demografischen Wandel entstehende Probleme auf dem Arbeitsmarkt und der Digitalisierungsprozess angeführt. Bei letzterem fehlt es aus Expertensicht in Deutschland vor allem an Geschwindigkeit, sei es beim Ausbau der digitalen Infrastruktur oder auch notwendiger Anpassungen durch die Unternehmen (Abbildung 1).

Die in Deutschland herrschende, eher globalisierungskritische Mentalität der Bevölkerung und die teils bestehende soziale Ungleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden noch vergleichsweise selten als Schwachpunkte angesprochen (Abbildung 1).

Alles in allem werden von den Befragten ungeachtet einer insgesamt erkennbar überwiegend positiven Grundhaltung zum derzeitigen Zustand der deutschen Wirtschaft Schwächen ähnlich häufig angesprochen wie Stärken. Sowohl in Verbindung mit den Stärken als auch mit den Schwächen sind die politischen und staatlichen Rahmenbedingungen aus Sicht der Befragten eindeutig der wichtigste Einflussfaktor. Ein Vergleich der Stärken und Schwächen zeigt auch, dass die deutsche Wirtschaft immer noch auf einem verlässlichen Fundament verschiedener Stärken beruht und es keiner fundamentalen wirtschaftspolitischen Richtungsänderung bedarf, wohl aber Defizite erkennbar werden, die den zukünftigen Erfolg gefährden können und deshalb angegangen werden sollten. Dies zeigt sich auch bei der im folgenden Kapitel behandelten Frage nach den größten Aufgaben, vor denen Deutschland in den kommenden Jahren steht.

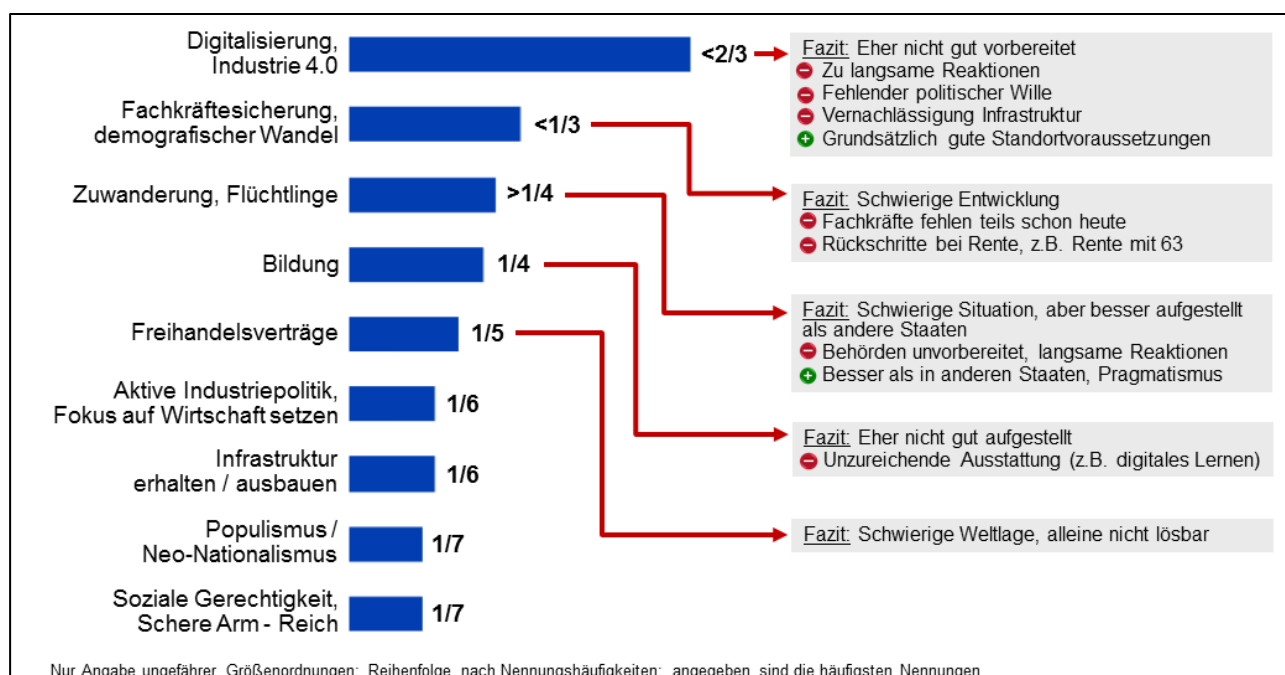
2.2 Die größten Aufgaben für Deutschland in den kommenden Jahren

Nach der ersten Bestandsaufnahme der Grundhaltungen zur Lage der Wirtschaft in Deutschland mit einer bereits auf die Zukunft gerichteten Stärken- und Schwächen-Analyse wurde im zweiten Teil des Interviews darüber gesprochen, welches die größten Herausforderungen der kommenden Jahre sind und wie Deutschland auf diese Aufgaben vorbereitet ist.

Aufgrund des breiten Antwortspektrums bei der vorherigen Betrachtung der Stärken und Schwächen der deutschen Wirtschaft war zu erwarten, dass sich auch bei der Frage nach den größten Herausforderungen der kommenden Jahre ein breites Antwortspektrum ergeben würde. Häufig knüpften die Experten direkt an die zuvor erkannten Schwächen an und leiteten daraus die größten Aufgaben ab. Allerdings ergibt sich aufgrund der spezifischen Frageformulierung, die hier auf die eher kurz- und mittelfristigen Herausforderungen der kommenden Jahre abzielt, eine etwas andere Schwerpunktsetzung (Abbildung 2).

Abbildung 2:

Größte Aufgaben für Deutschland in den kommenden Jahren



Dabei ist unverkennbar, dass die Digitalisierung bzw. Entwicklung hin zur Industrie 4.0 die größte Aufgabe der kommenden Jahre ist. Beinahe zwei Drittel der Gesprächspartner zählt diesen Prozess zu den wichtigsten Herausforderungen. Begründet wird dies in der Regel damit, dass diese Entwicklung zu massiven technologischen Änderungen mit Auswirkungen auf unsere Lebens- und Arbeitswelt führt und Deutschland hier nicht zurückstehen darf, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. In Verbindung mit der Digitalisierung werden dabei zahlreiche einzelne Herausforderungen ausgemacht, wie z.B. der Verlust wertschöpfender Arbeitsprozesse infolge zunehmender Automatisierung. Grundsätzlich könnten solche negativen Folgen aus Expertensicht aber zumindest abgefedert werden und es eröffnen sich gleichzeitig auch neue Chancen. Allerdings hat Deutschland „die erste Runde 1 in diesem Bereich verloren“ und es besteht im Vergleich zu anderen Ländern (z.B. den USA) Nachholbedarf, um die eigentlich guten Standortvoraussetzungen (bestehende industrielle Basis) auch zu nutzen. Notwendig sind nach Meinung der Gesprächs-

partner vor allem schnellere Reaktionen der Politik, aber auch der Wirtschaft, sowie damit einhergehend ein schnellerer Ausbau der digitalen Infrastruktur (Abbildung 2).

Halb so häufig wie die Digitalisierung wird die Bewältigung des demografischen Wandels bzw. die damit verbundene Gefahr des Fachkräftemangels als eine der größten Aufgaben für Deutschland benannt. Schon heute fehlen aus Sicht einiger Gesprächspartner Fachkräfte in einigen Branchen. Als konterproduktiv werden deshalb in diesem Zusammenhang auch Maßnahmen wie die „Rente mit 63“ gesehen, die die Probleme eher verschärfen würden (Abbildung 2). Neben Weiterqualifizierungen und flexibleren Arbeitszeitmodellen fordern die Gesprächspartner, die die demografische Entwicklung als große Aufgabe sehen, in erster Linie eine Zuwanderung qualifizierter Menschen nach festen Regeln.

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ordnet immerhin ein Viertel der Interviewpartner den größten Herausforderungen der kommenden Jahre zu. Trotz der weiterhin schwierigen Situation und anfänglicher Probleme der staatlichen Behörden sieht man Deutschland hier insgesamt aber besser aufgestellt als andere europäische Staaten (Abbildung 2). Für eine erfolgreichere Integration der Flüchtlinge wird eine schnellere Aufnahme von Arbeitsverhältnissen empfohlen, als dies derzeit noch aufgrund langwieriger Verfahren und teils unzureichender Fördermaßnahmen der Fall ist.

Ungefähr genauso häufig wie die Flüchtlingskrise sehen die Experten auch Handlungsbedarf im Bildungsbereich, wobei am häufigsten die im Hinblick auf den Digitalisierungsprozess unzureichende technische Ausstattung der Schulen bemängelt wird (Abbildung 2). Verbesserungsmöglichkeiten nehmen die Gesprächspartner aber auch bei der Integration von Flüchtlingskindern, frühkindlicher Bildung und der Stärkung der dualen im Vergleich zur akademischen Ausbildung wahr.

Nicht zuletzt aufgrund der jüngsten außenpolitischen Entwicklungen (Brexit, Wahl Trumps zum US-Präsidenten) ist auch das Thema Freihandel für viele der Gesprächspartner von größerer Relevanz, auch wenn ebenso die zuvor schon bestehenden innenpolitische Widerstände gegen die Abkommen TTIP und CETA thematisiert werden (Abbildung 2). Deutschland sollte nach Meinung dieser Experten auch weiterhin mit allen Mitteln für freien Handel eintreten, da es als Exportnation erheblich davon profitiert. Allerdings besteht derzeit wenig Optimismus, da der Protektionismus vielerorts auf dem Vormarsch sei.

Weitere zentrale Aufgaben der nächsten Jahre, die noch von jedem sechsten bis siebten Gesprächspartner angesprochen werden, sind eine aktivere Wirtschafts- und insbesondere Industriepolitik, Ausbau bzw. Erhalt der (Verkehrs-)Infrastruktur, eine Eindämmung des politischen Populismus und Verbesserungen im Bereich der Sozialen Gerechtigkeit, insbesondere bei der Lohngerechtigkeit und der Altersvorsorge (Abbildung 2).

Zwischen den verschiedenen Stakeholder-Gruppen gibt es im Hinblick auf die Relevanz der kommenden Aufgaben keine wesentlichen Unterschiede. Dies bedeutet aber natürlich nicht, dass im Einzelfall insbesondere die Lösungsvorschläge erkennbar auch durch die Interessen bzw. Positionen der verschiedenen Unternehmensbranchen, Verbände oder Gewerkschaften mitbestimmt werden. Für Experten aus Unternehmen oder Verbänden mit Bezug zur Metall- und Elektroindustrie spielt so z.B. der Freihandel eine überdurchschnittlich große Rolle, während der Bildungsbe- reich spürbar seltener als große Herausforderung wahrgenommen wird.

Zusammenfassend betrachtet wird die Digitalisierung des Wirtschaftslebens insgesamt als mit Abstand dringendste Herausforderung für Deutschland in den kommenden Jahren angesehen. Hier gibt es aus Expertensicht auch erheblichen Nachholbedarf, sowohl auf Seiten der Politik (Ausbau digitaler Infrastruktur), als auch teilweise der Wirtschaft (Anpassungsfähigkeit). Bei den weiteren „großen Aufgaben“ handelt es sich um den demografischen Wandel bzw. die damit verbundene

Fachkräftesicherung, die Flüchtlingskrise bzw. die damit verbundenen Integrationsleistungen, notwendigen Verbesserungen im Bildungsbereich und im besten Fall der Ausweitung des Freihandels, zumindest aber den Erhalt des Status quo.

2.3 Die Rolle der Politik

Bereits bei den von den Wirtschaftsexperten gemachten Angaben zu den Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes sowie den größten kommenden Herausforderungen für Deutschland wurde deutlich, dass die Politik zumindest häufig in der Verantwortung gesehen wird, Rahmenbedingungen zu setzen, die der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nützen oder zumindest nicht schaden. Im nächsten Abschnitt des Interviews war es deshalb sinnvoll, die Einstellungen der Experten zur Rolle der Politik eingehender zu erheben.

In diesem Zusammenhang wurden die Gesprächspartner unter anderem darum gebeten, sich in die Rolle des Bundeskanzlers bzw. der Bundeskanzlerin hineinzusetzen und die drei wichtigsten Maßnahmen zu benennen, die sie in den ersten 100 Tagen „ihrer“ Amtszeit unbedingt umsetzen möchten (Kap. 2.3.1). Darüber hinaus wurden die Interviewpartner gebeten, politische Maßnahmen zu benennen, die aus ihrer Sicht wachstumsfördernde Wirkungen für die deutsche Wirtschaft haben könnten (Kap. 2.3.2). Ebenfalls wurde die auch die zuletzt in der Öffentlichkeit geführte Debatte aufgegriffen, wie ein etwaiger Haushaltsüberschuss idealerweise zu verwenden ist (Kap. 2.3.3).

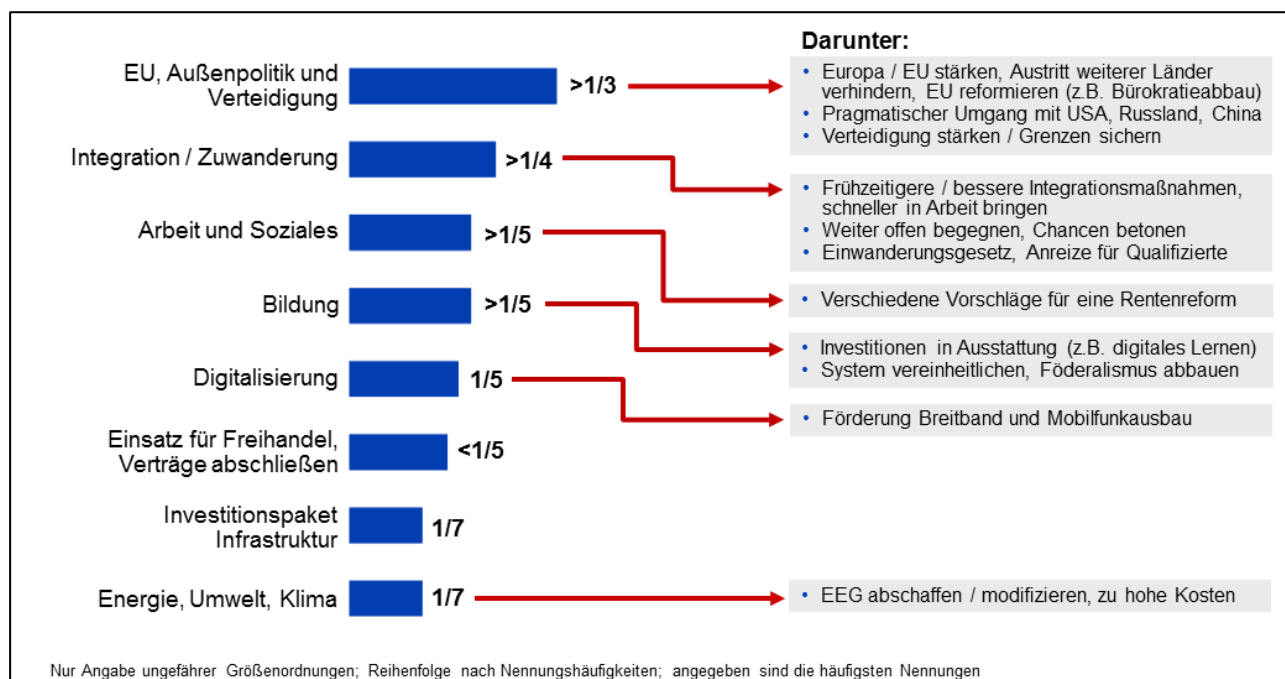
2.3.1 Wichtigste politische Maßnahmen einer neuen Bundesregierung

In die Rolle des neuen Bundeskanzlers bzw. der neuen Bundeskanzlerin hineinversetzt nennen die Gesprächspartner insgesamt ein breites Spektrum an Entscheidungen, die eine neue Bundesregierung prioritär angehen sollte. Sie umfassen im Prinzip auch alle für die Wirtschaft relevanten Problemfelder und damit die zuvor schon thematisierten Herausforderungen, wobei sich der Fokus bedingt durch die Fragestellung auf eine eher politische Ebene verlagert.

Dies wird zuallererst daran deutlich, dass die meisten Maßnahmen dem Bereich EU-, Außen- und Verteidigungspolitik zugeordnet werden können. Hierzu gehört zuallererst eine Stärkung der EU bzw. des Europa-Gedankens, um den Austritt weiterer Länder (z.B. Polen, Ungarn) zu verhindern. Hierfür ist aus Sicht der Wirtschaftsexperten eine grundsätzliche Reform der EU notwendig, die auf einer Seite Bürokratie und Intransparenz verringert, auf der anderen Seite aber auch mehr gemeinschaftliches Handeln im Wirtschaftsbereich und der Außen- und Sicherheitspolitik ermöglicht (Abbildung 3).

Der zweitwichtigste Themenbereich ist die Zuwanderung bzw. die Integration der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft. Er wird noch von mehr als jedem vierten Experten und damit ähnlich häufig angesprochen wie bei den größten Zukunftsherausforderungen. Die Gesprächspartner wünschen sich in diesem Zusammenhang vor allem frühzeitigere und bessere Integrationsmaßnahmen („Sprachkurse ab dem ersten Tag“), um die Flüchtlinge auch schneller in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Einerseits betonen die meisten Wirtschaftsexperten, die dieses Thema ansprechen, auch die Chancen der Zuwanderung und sprechen sich gegen eine Abschottung aus. Andererseits dämpfen sie gleichzeitig auch die Erwartungshaltung („Flüchtlinge haben nicht den notwendigen Ausbildungsstand um uns schnell weiterhelfen zu können“) und fordern die Achtung der „hiesigen Werte“ durch die Zuwanderer ein. Teils wird auch ein Einwanderungsgesetz gefordert, das Anreize für qualifizierte Zuwanderer schafft (Abbildung 3).

Abbildung 3:

Wichtigste politische Maßnahmen einer neuen Bundesregierung

Ungefähr genauso häufig wie zur Integration / Zuwanderung werden Maßnahmen in den Themenbereichen Arbeit und Soziales, Bildung und Digitalisierung genannt. Im Bereich Arbeit und Soziales nennen die Experten dabei in erster Linie verschiedene Vorschläge zur Reform des Rentensystems, beispielsweise die Erhöhung des Renteneintrittsalters oder die Abschaffung der Riester-Rente (vgl. detaillierter Kap. 2.4.2). Bei der Bildung werden überwiegend Investitionen in die Ausstattung gewünscht, insbesondere um bessere Voraussetzungen für digitales Lernen zu schaffen. Vereinzelt wird aber auch eine Einschränkung des Bildungsföderalismus gefordert. Der Digitalisierungsprozess kann aus Sicht der Gesprächspartner durch die Bundesregierung hauptsächlich durch eine Forcierung des Breitband- und Mobilfunkausbaus unterstützt werden (Abbildung 3).

Ebenfalls noch fast jeder fünfte Wirtschaftsexperte wünscht sich einen Einsatz für den Freihandel und die bisher nicht abgeschlossenen Freihandelsverträge, gerade weil die internationale Situation auf diesem Gebiet derzeit sehr schwierig ist. Weitere Maßnahmen, die eine neue Bundesregierung prioritär angehen sollte, sind ein Investitionspaket für den Erhalt bzw. Ausbau der (Verkehrs-)Infrastruktur und eine Modifizierung der Energie- und Umweltpolitik, um speziell die Energiekosten für Unternehmen einzudämmen (Abbildung 3).

Neben diesen am häufigsten genannten Maßnahmen wünschen sich die Gesprächspartner auch noch zahlreiche Schritte bei anderen aus ihrer Sicht wichtigen Themenbereichen. Immerhin noch von ungefähr jedem zehnten Wirtschaftsexperten werden Maßnahmen im Bereich der Steuerpolitik als notwendig erachtet, z.B. die Entlastung des Mittelstandes. Genauso viele Interviewpartner halten es auch für sinnvoll, wenn die Wirtschaft grundsätzlich wieder mehr in das Zentrum politischen Handelns gerückt wird („Nur was der Wirtschaft nützt, nützt auch dem Wohlstand der Menschen im Land“). Vergleichsweise selten werden zudem auch eine Bekämpfung des sich ausbreitenden Populismus und Verbesserungen auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit gefordert.

Die verschiedenen Stakeholder-Gruppen unterscheiden sich kaum in ihrem Antwortverhalten. Für Experten aus Unternehmen oder Verbänden mit Bezug zur Metall- und Elektroindustrie besitzt der

Freihandel, wie schon bei den wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre, erneut eine überdurchschnittlich große Relevanz.

Die Erwartungen zu den wichtigsten politischen Entscheidungen einer (neuen) Bundesregierung belegen, dass sich die Gesprächspartner insgesamt ein breites Spektrum an politischen Maßnahmen erhoffen, die im Wesentlichen alle für die Wirtschaft relevanten Problemfelder und somit auch die zuvor bereits thematisierten Herausforderungen für Deutschland betreffen. Ein Schwerpunkt liegt allerdings auch bedingt durch die eher „politische Ebene“ der Fragestellung im Bereich der EU-, Außen- und Verteidigungspolitik, aber auch der Integration der Flüchtlinge bzw. der Zuwanderung generell. Zu den meistgenannten erwarteten politischen Entscheidungen gehören zudem auch Maßnahmen zur Reform des Rentensystems, mehr Investitionen in die Bildung und eine Förderung der Digitalisierung durch einen schnelleren Ausbau der Breitband- und Mobilfunknetze.

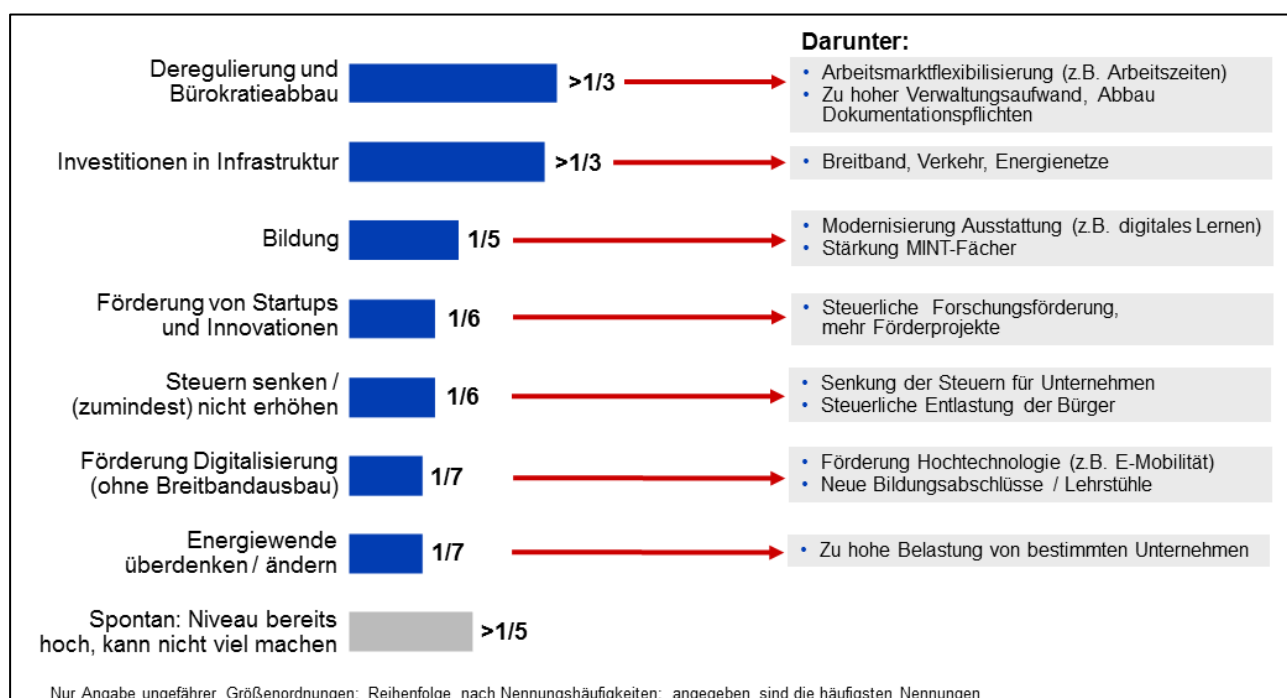
2.3.2 Wachstumsfördernde politische Maßnahmen

Konkreter auf Wirtschaftspolitik bezogen wurde während des Gesprächs mit den Wirtschaftsexperten auch darüber gesprochen, ob es ihrer Ansicht nach politische Maßnahmen gibt, von denen sie sich eine wachstumsfördernde Wirkung für die deutsche Wirtschaft erhoffen.

Spontan nehmen immerhin mehr als ein Fünftel der Gesprächspartner die Politik ein Stück weit aus der Verantwortung, indem sie zunächst äußern, dass die Politik wenig machen kann, was zu einem höheren Wirtschaftswachstum führen würde (Abbildung 4). Als Gründe hierfür werden die bereits überdurchschnittlich gute Lage der deutschen Wirtschaft, gesättigte Märkte und Einschränkungen durch die Globalisierung („andere Länder haben im globalen Wettbewerb aufgeholt“) angeführt.

Abbildung 4:

Wachstumsfördernde politische Maßnahmen



In einem Fall hebt ein Unternehmensvertreter sogar hervor, dass ein stabiles, langsames Wachstum positiv zu bewerten ist und ein zu schneller Anstieg der Wirtschaftsleistung Probleme wie Arbeitskräftemangel und zu hohe Ausschläge zwischen Wachstums- und Rezessionsphasen mit sich bringt.

Bis auf wenige Ausnahmen nennen aber spätestens nach kurzem Nachdenken alle Gesprächspartner politische Maßnahmen, von denen sie sich eine wachstumsfördernde Wirkung für die deutsche Wirtschaft erhoffen. Am häufigsten trifft dies auf Maßnahmen zum Abbau von Regulierungen bzw. zum Bürokratieabbau und Investitionen in die Infrastruktur (Breitband, Verkehr und Energienetze) zu, die jeweils von gut einem Drittel der Experten benannt werden (Abbildung 4).

Deregulierungsmaßnahmen, die sich positiv auf das Wachstum der deutschen Wirtschaft auswirken können, sehen die Gesprächspartner in erster Linie im Bereich des Arbeitsmarktes bzw. konkreter in einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten, insbesondere um mobiles Arbeiten zu erleichtern. Aber auch eine Lockerung des Kündigungsschutzes wird in diesem Zusammenhang von einigen Experten ins Spiel gebracht. Für ebenso wichtig wie die gerade angesprochenen Flexibilisierungen halten die Experten eine Reduktion des Verwaltungsaufwandes, vor allem der Dokumentationspflichten („Es gibt viel zu viele und immer mehr Berichtspflichten, die unglaublich viel Manpower abschöpfen und kostenintensiv sind“; Abbildung 4).

Eher langfristig zahlen sich für die deutsche Wirtschaft auch Investitionen in das Bildungssystem (insbesondere zur Verbesserung der technischen Ausstattung) und eine Stärkung der MINT-Fächer aus, die ungefähr ein Fünftel der Interviewpartner als wachstumsfördernde Maßnahmen benennen (Abbildung 4).

Weitere politische Schritte, die zu höherem Wirtschaftswachstum führen könnten, erhoffen sich ein Sechstel bis ein Siebtel der Wirtschaftsexperten durch Förderung von Startups und Innovationen sowie der Digitalisierung, durch Steuersenkungen für Unternehmen und Bürger und durch eine Reform der Energiewende. Letztere hat aus Sicht einiger Experten dazu geführt, dass selbst einige Zukunftsindustrien, wie z.B. die Produktion von Akkuzellen, in Deutschland nicht mehr international konkurrenzfähig sind. Im Bereich der Digitalisierungsförderung wird beispielsweise die noch gezieltere Förderung von Hochtechnologie (z.B. E-Mobilität), im Bereich Startups / Innovationen die Einführung einer steuerliche Forschungsförderung gefordert (Abbildung 4).

Neben den auf der Abbildung dargestellten Bereichen nennen die Experten mit geringeren Häufigkeiten auch noch diverse andere Maßnahmen, von denen sie sich eine wachstumsfördernde Wirkung erhoffen. Hierzu gehören beispielsweise eine grundsätzlich wirtschaftsfreundlichere Politik („keine Knüppel in die Beine der Unternehmen werfen“), die Förderung bestimmter Bereiche bzw. Branchen (z.B. Export, Maschinenbau) oder der Abbau von Freihandelshemmnissen.

Die befragten Betriebsräte bzw. Gewerkschaftsvertreter unterscheiden sich bei diesem Thema erwartungsgemäß hinsichtlich ihres Antwortverhaltens etwas von den anderen Stakeholder-Gruppen. Sie nennen die insgesamt am häufigsten vorgebrachten Vorschläge (Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Abbau von Dokumentationspflichten) überhaupt nicht, sondern legen ihren Fokus eher auf die Förderung von Startups, Innovationen und der Digitalisierung. Hierbei spielt möglicherweise eine Rolle, dass sie als Arbeitnehmervertreter potentiell negative Folgen einer Deregulierung des Arbeitsmarktes stärker gewichten.

Im Gegensatz dazu erhoffen sich Experten mit Nähe zur Metall- und Elektroindustrie (Unternehmens- oder Verbandsvertreter) überdurchschnittlich häufig den Abbau von Regulierungen und Dokumentationspflichten und auch ein Überdenken der Energiewende, um die Energiekosten für die Unternehmen zu reduzieren.

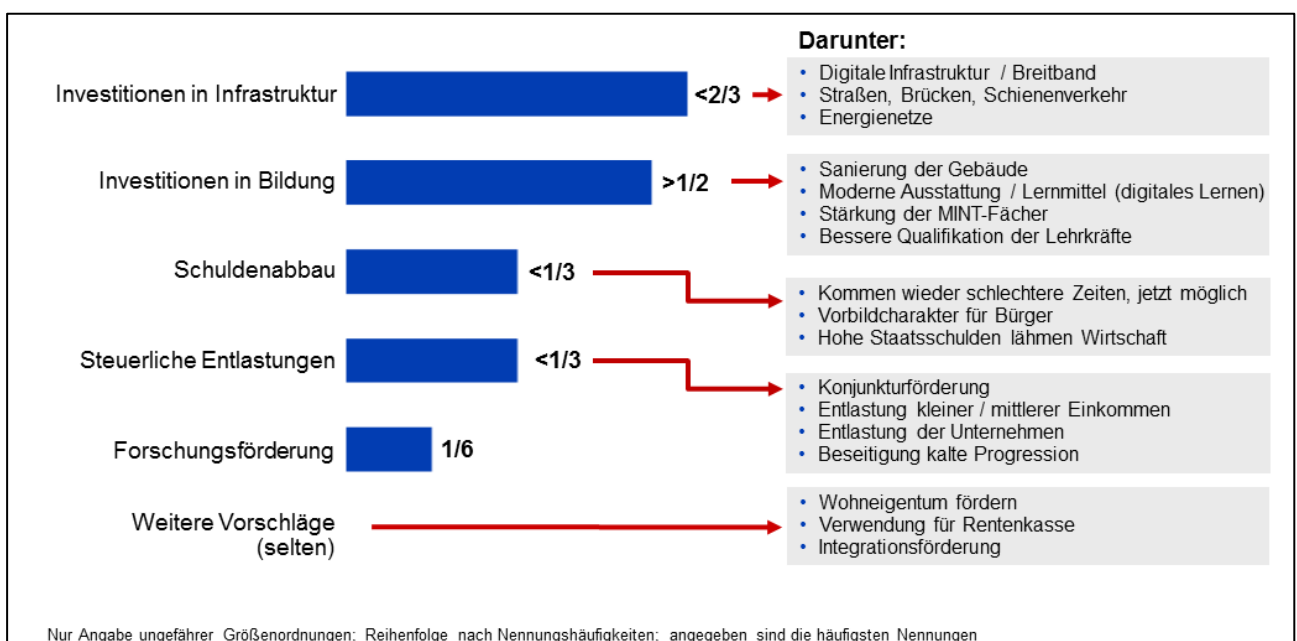
Zusammenfassend gibt es bei den Antworten zu wachstumsfördernden politischen Maßnahmen wiederum ein breites Spektrum von Nennungen. Fast jeder Gesprächspartner nennt nach kurzer Überlegungszeit mindestens eine Maßnahme, auch wenn ein Fünftel spontan eher geringe Einflussmöglichkeiten durch die Politik sieht. Mit Ausnahme der Betriebsratsvertreter versprechen sich die Experten dabei insgesamt am meisten von einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, insbesondere hinsichtlich der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeiten, und einer Reduktion der Dokumentationspflichten für Unternehmen. Fast genauso wichtig sind aber auch Investitionen in die Infrastruktur, die als Fundament für eine erfolgreiche Wirtschaft angesehen wird. Weitere Möglichkeiten sehen die Experten in den Bereichen Bildung und Forschung, Steuersenkungen, der Förderung der Digitalisierung und einer Reduktion der Energiekosten für Unternehmen.

2.3.3 Verwendung von Haushaltsüberschüssen

Seitdem Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland in der Summe mehr einnehmen als ausgegeben wird in der Öffentlichkeit eine Debatte darüber geführt, wie diese derzeitigen Haushaltsüberschüsse am sinnvollsten verwendet werden können. Diese Diskussion wurde auch in dieser Expertenbefragung aufgegriffen, in dem die Gesprächspartner sich in die Lage des Bundesfinanzministers hineinversetzen sollten, der über die Verwendung eines Haushaltsüberschusses von etwa 10 Milliarden Euro entscheiden soll.

In der Mehrzahl der Fälle entscheiden sich die Wirtschaftsexperten dabei nicht nur für einen, sondern mehrere Verwendungszwecke. Am häufigsten, von fast zwei Dritteln bevorzugt, wird eine Verwendung der Mittel für Investitionen in die Infrastruktur. Vorrangig ist damit der Ausbau der digitalen Infrastruktur gemeint („entscheidendes Kriterium, um Deutschland international wettbewerbsfähig zu halten“), aber fast ebenso häufig auch der Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Brücken, Schienen), die aus Sicht der Gesprächspartner sehr lange vernachlässigt wurde und vielerorts marode ist (Abbildung 5).

Abbildung 5:
Verwendung von Haushaltsüberschüssen



Jeder Zweite entscheidet sich (ggf. zusätzlich) für Investitionen in den Bildungsbereich. Vorrangig geht es den Experten hier um eine Sanierung der Schulgebäude und eine modernere Ausstattung, um digitales Lernen besser zu ermöglichen. Hinzu kommen Wünsche nach einer stärkeren Förderung der MINT-Fächer und einer besseren, dadurch aber auch kostspieligeren Ausbildung der Lehrkräfte (Abbildung 5).

Die Verwendung der Haushaltsüberschüsse zum Schuldenabbau oder um die Bürger steuerlich zu entlasten wird hingegen nur jeweils von knapp einem Drittel der Interviewpartner als Verwendungszweck angegeben, also deutlich seltener als für Investitionen in Infrastruktur und Bildung (Abbildung 5).

Die Wirtschaftsexperten, die für eine Verwendung des Haushaltsüberschusses für den Schuldenabbau plädieren, begründen dies am häufigsten mit der derzeit guten wirtschaftlichen Lage. Sie ermögliche es derzeit, zumindest einen Teil der Schulden abzubauen. In wirtschaftlich schlechteren Zeiten, die zwangsläufig auch wieder kommen würden, sei ein Schuldenabbau erst Recht nicht erreichbar. Hinzu kommt die Vorbildfunktion des Staates, der von seinen Bürgern nicht erwarten kann, seriös zu wirtschaften, wenn er es nicht selbst auch tut. Zudem lähmt aus Sicht einiger Gesprächspartner ein zu hoher Staatsschuldenstand auch die Wirtschaft (Abbildung 5).

Von einer steuerlichen Entlastung der Bürger, aber auch der Unternehmer, erwarten sich die Experten in erster Linie einen Beitrag zur Konjunkturförderung. Vor allem kleine und mittlere Einkommen sollten aus Sicht dieser Experten entlastet werden, z.B. auch durch eine Beseitigung oder zumindest Begrenzung der kalten Progression (Abbildung 5).

Immerhin noch etwa ein Sechstel der Gesprächspartner spricht sich dafür aus, zumindest einen Teil des Haushaltsüberschusses für die Forschungsförderung einzusetzen, beispielsweise durch gezielte Förderung bestimmter Innovationsbereiche wie der Robotik oder der künstlichen Intelligenz. Nur selten werden noch andere Verwendungszwecke genannt, wie die Förderung von Wohneigentum oder zur Sanierung der Rentenkasse (Abbildung 5).

Experten aus Unternehmen oder Verbänden mit Bezug zur Metall- und Elektroindustrie favorisieren vergleichsweise häufiger steuerliche Entlastungen und gleichzeitig seltener Schuldenabbau als Verwendungszweck von Haushaltsüberschüssen. Investitionen in Infrastruktur und Bildung sind aber auch bei dieser Teilgruppe die wichtigsten zwei Verwendungszwecke. Zwischen den einzelnen Stakeholder-Gruppen lassen sich hingegen keine größeren Unterschiede feststellen.

Insgesamt sollten aus Expertensicht somit Haushaltsüberschüsse in erster Linie für Investitionen in die digitale und Verkehrsinfrastruktur, aber auch in das Bildungssystem verwendet werden. Der Schuldenabbau oder auch steuerliche Entlastungen zur Konjunkturförderung besitzen demgegenüber eine etwas niedrigere Priorität. Allerdings wird zumeist eine Kombination verschiedener Möglichkeiten genannt, nur selten wollen die Experten den Haushaltsüberschuss nur für einen einzigen Aspekt nutzen.

2.4 Einstellungen zu zentralen Einzelthemen

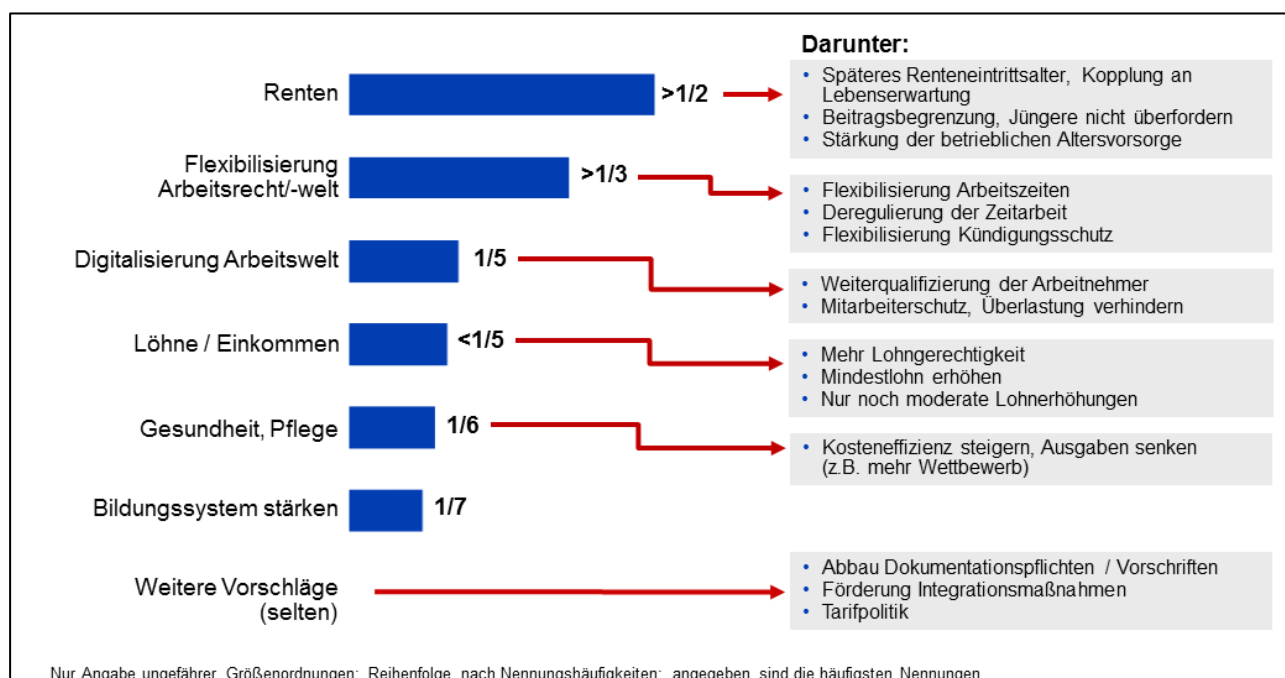
Nachdem die Gesprächspartner sich zuerst zu ihrer Sicht der Wirtschaft in Deutschland, den größten Herausforderungen der kommenden Jahre und von der Politik erwarteten Entscheidungen äußern konnten, wurden in der zweiten Hälfte des Interviews einige zentrale Themen vertiefend angesprochen. Hierzu gehört der Themenbereich Arbeit und Soziales (Kap. 2.4.1) sowie das aufgrund des besonderen Stellenwertes auch noch einmal separat betrachtete Thema Rente (Kap. 2.4.2). Abschließend hatten die Wirtschaftsexperten zudem auch noch die Gelegenheit, sich mit dem Thema Bildung und Forschung vertiefend zu befassen (Kap. 2.4.3).

2.4.1 Arbeit und Soziales

Hineinversetzt in die Rolle des Bundesministers für Arbeit und Soziales nennen mehr als die Hälfte der Interviewpartner die Rentenpolitik als eines der drei wichtigsten sozialpolitischen Themen der nächsten Jahre. Hauptsächlich wird in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit eines späteren Renteneintrittsalters genannt, um das System nicht zu überfordern und auch Jüngere nicht durch zu hohe Beiträge zu belasten (Abbildung 6; vgl. ausführlicher Kap. 2.4.2 zur Rentenpolitik).

Abbildung 6:

Wichtigste sozialpolitische Themen der kommenden Jahre



Nach den Renten am zweithäufigsten nennen die Wirtschaftsexperten verschiedene Vorschläge zur Flexibilisierung des Arbeitsrechts bzw. der Arbeitswelt. Zuerst sind hiermit flexiblere Arbeitszeitmodelle gemeint, die aufgrund der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt notwendig seien. Klassische 8-Stunden-Arbeitstage sind aus Sicht dieser Experten heute nicht mehr zeitgemäß und häufig auch nicht im Interesse der Beschäftigten („Auch die Mitarbeiter wollen mehr Flexibilität, die Arbeits- und Lebenswelt ist bunt.“). Teilweise betonen die Experten in diesem Zusammenhang auch, dass solche flexibleren Regelungen auf freiwilliger Basis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer getroffen werden sollten, ohne dass es einen Zwang geben dürfe. Neben einer Aufhebung zu starrer Arbeitszeitregelungen werden von einigen Experten auch noch weitere Flexibili-

sierungen im Bereich des Arbeitsrechts gewünscht wie eine Deregulierung der Zeitarbeit („schafft mehr Arbeitsplätze für Gering- und Unqualifizierte“) und flexiblere Kündigungsregelungen, die vor allem Startups mit nicht genau vorhersehbarem Personalbedarf zu Gute kommen würden (Abbildung 6).

Auf dem dritten Rangplatz der wichtigsten sozialpolitischen Themen liegt die Digitalisierung der Arbeitswelt, die vielfältige Herausforderungen für Unternehmen und Beschäftigte mit sich bringt. Beispiele hierfür sind notwendige Weiterqualifizierungen der Arbeitnehmer, da einfache Tätigkeiten aufgrund von Automatisierungsprozessen zunehmend wegfallen, aber auch die Verhinderung einer Überlastung der Arbeitnehmer durch eine zu hohe Arbeitsverdichtung (Abbildung 6).

Ebenfalls noch fast von jedem fünften Wirtschaftsexperten wird das Thema Löhne angesprochen, wobei die hierunter fallenden Antworten in teils verschiedene Richtungen gehen. Insbesondere beim Thema Mindestlohn gibt es unterschiedliche Meinungen, die sich teilweise aus der Perspektive des jeweiligen Experten erklären lassen (Unternehmens- bzw. Verbandsvertreter vs. Arbeitnehmervertreter). Einig sind sich aber viele der Experten, die das Thema Löhne für wichtig halten, dass es eine gerechtere Verteilung der Löhne bedarf (Abbildung 6). Insbesondere Beschäftigte in „sozialen Berufen“ (z.B. im Gesundheits- und Pflegebereich) werden nach Meinung dieser Gesprächspartner nicht ausreichend bezahlt, wodurch die Attraktivität dieser Berufe noch weiter zurückgeht.

Weitere sozialpolitische Themenfelder, die noch von jedem sechsten bis siebten Gesprächspartner angeführt werden, sind die Bereiche Gesundheit und Pflege sowie Bildung (Abbildung 6). Bei der Gesundheit bzw. Pflege gibt es seitens der Experten vor allem Forderungen nach einer Steigerung der Kosteneffizienz und der Senkung von Ausgaben (z.B. durch mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen). Dass das Thema Bildung überhaupt als sozialpolitisches Thema genannt wird, vermag auf den ersten Blick zu verwundern. Diese Experten sehen aber ein gut funktionierendes Bildungssystem als Grundvoraussetzung, um soziale Schiefagen in Zukunft zu verhindern bzw. einzudämmen („Die allerbeste Sozialleistung ist die Chancenverbesserung im Bildungsbereich“).

Immerhin noch selten werden darüber hinaus auch noch der Abbau von Dokumentationspflichten und sozialpolitischen Vorschriften für Unternehmen, eine stärkere Förderung von Integrationsmaßnahmen und die Stärkung der Tarifautonomie als wichtige sozialpolitische Themen der kommenden Jahre eingeordnet (Abbildung 6).

Außer der schon angesprochenen unterschiedlichen Bewertung des Mindestlohnes lassen sich auch bei den sozialpolitischen Themen insgesamt nur wenige Unterschiede zwischen den verschiedenen Stakeholder-Gruppen feststellen. Der Themenbereich Tarifpolitik wird allerdings ausschließlich von Unternehmens- und Verbandsvertretern thematisiert, Gesundheit / Pflege gleichzeitig unterdurchschnittlich häufig von diesen Wirtschaftsexperten angesprochen.

Seit 2013 lag der Anteil der Sozialabgaben für die Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung in Deutschland bei knapp unter 40%. Neben der Aufzählung der wichtigsten sozialpolitischen Themen wurden die Gesprächspartner auch darum gebeten, eine Einschätzung abzugeben, wie wichtig aus ihrer Sicht eine dauerhafte Stabilisierung der Lohnzusatzkosten bei bzw. unter 40% ist. Mehr als vier von fünf Experten kommen bei dieser Frage zu dem Schluss, dass eine Einhaltung dieser Marke grundsätzlich sehr wichtig ist, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu sichern („Alles ab 40% kostet Arbeitsplätze“). Teilweise wurde aber auch einschränkend ergänzt, dass die 40%-Marke einen eher nur einen disziplinierenden Wert hat und es letztlich nicht so entscheidend ist, ob die Lohnzusatzkosten bei 40% oder 41% liegen (Abbildung 7).

Abbildung 7:

Bewertung der Lohnzusatzkosten und des sozialen Sicherungsniveaus

<p><u>Relevanz Begrenzung Lohnzusatzkosten auf 40%</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundsätzlich (sehr) wichtig (>4/5) <ul style="list-style-type: none"> – <u>Primär</u>: Erhalt internationaler Wettbewerbsfähigkeit – Teils aber auch: Nicht entscheidend, ob 40% oder 41% • Aufrechterhaltung Sozialsystem in alternder Gesellschaft (<1/5) <ul style="list-style-type: none"> – Begrenzung prinzipiell wichtig, aber unrealistisch in alternder Gesellschaft (Renten, Gesundheitssystem) • Lohngesamt-kosten entscheidend (selten)
<p><u>Bewertung des sozialen Sicherungsniveaus</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Sehr hoch im internationalen Vergleich (4/5) • Gut mit Abstrichen, vor allem bei Renten (1/7) • Zu hoch / teuer, nicht zukunftsfähig (selten) • Ausreichend (vereinzelt)

Ein knappes Fünftel der Gesprächspartner kommt hingegen zu einem anderen Ergebnis und hält die strikte Einhaltung einer 40%-Marke in einer alterntenden Gesellschaft für unrealistisch, wenn man ein Sozialsystem auf einem gewissen Level erhalten will. Grundsätzlich schätzen aber auch diese Experten eine Begrenzung der Lohnnebenkosten als wichtig ein. Selten wird zudem darauf hingewiesen, dass die Lohngesamt-kosten das entscheidende Kriterium sind, nicht die Lohnzusatzkosten (Abbildung 7). Arbeitnehmervertreter gehören zwar vergleichsweise häufiger zu den beiden letztgenannten, kleineren Gruppen, sehen aber gleichzeitig auch die Wichtigkeit einer Begrenzung der Lohnzusatzkosten („Schlagen von zwei Herzen in einer Brust“).

Ähnlich eindeutig wie bei der Relevanz der Begrenzung der Lohnzusatzkosten fällt das Ergebnis auch bei der grundsätzlichen Bewertung des sozialen Sicherungsniveaus in Deutschland aus. Ein Großteil der Interviewpartner hält es besonders im Vergleich zu anderen Staaten für sehr hoch, der Rest immerhin noch für „gut mit Abstrichen“ oder „ausreichend“ (Abbildung 7). Trotzdem werden gleichzeitig teilweise auch Probleme thematisiert, insbesondere beim Rentensystem (gesetzliche Rente allein nicht mehr ausreichend), aber auch was die Gerechtigkeit zwischen Nettobeitragszahlern und Nettoempfängern anbelangt („Wer mehr eingezahlt hat, muss auch besser abgesichert sein“). Selten weisen Unternehmens- und Verbandsvertreter zudem auch darauf hin, dass aus ihrer Sicht das hohe Sicherungsniveau aufgrund der hohen Kosten in Zukunft nicht aufrechterhalten werden kann.

Trotz des zumindest aus Sicht der befragten Wirtschaftsexperten hohen sozialen Sicherungsniveaus sind die Sozialsysteme immer wieder auch Teil der politischen Auseinandersetzungen in Deutschland. Ungefähr ein Drittel der Wirtschaftsexperten sieht hierfür die unmittelbare, emotionale Betroffenheit der Menschen als Ursache („Fragen in diesem Zusammenhang sind emotional und für die Leute direkt mit ökonomischen Auswirkungen verbunden“). Kaum seltener schätzen die Wirtschaftsexperten die verschiedenen politischen Akteure und Sozialverbände als Grund für die teils hitzig geführten Auseinandersetzungen an. Sie würden versuchen, ihre politische Ideologie durchzusetzen und nicht zuletzt auch in Wahlkämpfen durch Versprechen („soziale Wohltaten“) bestimmte Bevölkerungs- bzw. Wählergruppen für sich zu gewinnen.

Hinzu kommen noch eine Reihe von weiteren Gründen, wie die hohen Kosten der Sozialsysteme („Gibt viel zu verteilen“), eine mittlerweile hohe Erwartungshaltung der Bürger und Neid, aber auch eine tatsächlich teils bestehende und größer werdende Schere zwischen Arm und Reich („Verteilungsfrage“). Die Diskussion neuer Ideen und Lösungsansätze kann ebenfalls ein Grund für politische Auseinandersetzungen um die Sozialsysteme sein.

Insgesamt wird deutlich erkennbar, dass die Rentenpolitik mit Abstand vor der Flexibilisierung des Arbeitsrechts bzw. der Arbeitswelt das wichtigste sozialpolitische Thema der kommenden Jahre darstellt und eine gesonderte, vertiefende Behandlung des Themas in den Expertengesprächen auch im Nachhinein sinnvoll war. Im Zusammenhang mit der flexibleren Gestaltung des Arbeitsrechts zielen die Experten zumeist auf eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen ab, die in Zeiten einer zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt in der aktuellen Fassung aus ihrer Sicht nicht mehr zeitgemäß sind. Auf den Rängen drei bis fünf der wichtigsten sozialpolitischen Themen folgen eben jene Digitalisierung der Arbeitswelt sowie die Themenkomplexe Löhne und Gesundheit / Pflege.

Eine Begrenzung der Lohnzusatzkosten auf bzw. knapp unter 40% halten fast alle Wirtschaftsexperten für wichtig, damit die deutschen Unternehmen international konkurrenzfähig bleiben können. Eine Minderheit gibt allerdings zu bedenken, dass zur Aufrechterhaltung des Sozialsystems in einer alternden Gesellschaft auch höhere Anteile notwendig sein können, auch wenn eine Begrenzung grundsätzlich richtig und wichtig ist.

Das soziale Sicherungsniveau in Deutschland wird gerade im internationalen Vergleich von fast allen Gesprächspartnern als sehr hoch eingestuft, auch wenn es in einzelnen Teilbereichen durchaus Probleme gibt. Das dieses Thema trotzdem immer wieder zu politischen Auseinandersetzungen führt, liegt aus Expertensicht vor allem an der unmittelbaren, emotionalen Betroffenheit der Bürger und an den politischen Akteuren und Sozialverbänden, die versuchen in der öffentlichen Debatte ihre Ideologie durchzusetzen bzw. mit ihrem sozialpolitischem Programm bestimmte Wählergruppen zu erreichen.

2.4.2 Renten

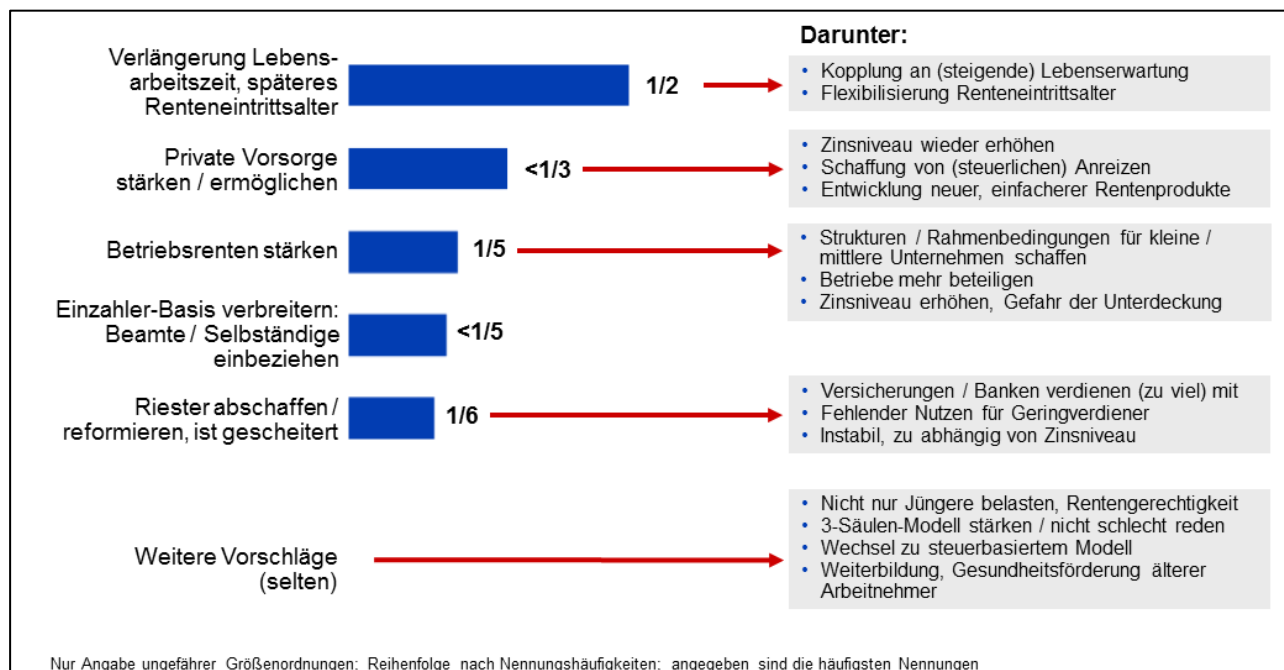
In der Öffentlichkeit wird im Zusammenhang mit der Rentenpolitik unter anderem viel über das sinkende Niveau der gesetzlichen Rente und die möglichen Kosten diskutiert. Aufgrund der großen Bedeutung des Themas sollten auch die Wirtschaftsexperten im Gesprächsverlauf auf die Rentenpolitik noch einmal vertiefend eingehen. Wie sich herausstellte, ordneten mehr als die Hälfte der befragten Experten die Rentenpolitik bereits zuvor im Interview als eines der drei wichtigsten sozialpolitischen Themen ein, was die Bedeutung noch einmal unterstreicht (vgl. Kap. 2.4.1).

Rund die Hälfte der Wirtschaftsfachleute bewertet die derzeitige Lage dabei durchaus kritisch und betont auch angesichts sichtbar werdender Versorgungslücken die Wichtigkeit der öffentlichen Debatte. Die andere Hälfte der Experten nimmt allerdings viele Übertreibungen wahr, warnt vor zu viel Hysterie („Die Altersarmut-Problematik ist nicht so riesig, wie sie oft dargestellt wird“) und wünscht sich eine nüchternere, nicht nur an Wünschen ausgerichtete Diskussion.

Trotz unterschiedlicher Bewertung der aktuellen Debatte sehen im Endergebnis aber so gut wie alle Experten Nachbesserungs- bzw. Reformbedarf, um die Altersversorgung zukunftsfähiger zu gestalten. Mit Abstand am häufigsten, von ungefähr der Hälfte der Experten hervorgebracht, wird dabei die Notwendigkeit einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit bzw. ein spätestes Renteneintrittsalter („Alles andere ist Augenwischerei“, „Anders ist unser Rentensystem nicht zu halten“; Abbildung 8).

Die „Rente mit 63“ nach 45 Jahren Beitragszahlung wird in diesem Zusammenhang als völlig falsches Signal bewertet. Als mögliche Umsetzungsart einer längeren Lebensarbeitszeit fordern die Gesprächspartner relativ häufig eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die generelle Lebenserwartung, um die Diskussion in Zukunft nicht regelmäßig erneut führen zu müssen. Flexiblere Teilrenten-Lösungen könnten aus Expertensicht zusätzlich zu einer sogar oftmals freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit führen (Abbildung 8).

Abbildung 8:

Notwendige rentenpolitische Maßnahmen

Am zweithäufigsten werden von immerhin noch knapp einem Drittel der Gesprächspartner unterschiedliche rentenpolitische Maßnahmen genannt, die zu einer Stärkung der privaten Vorsorge führen bzw. diese in vielen Fällen überhaupt erst ermöglichen könnten. Hierzu gehört eine Anhebung des Zinsniveaus („Ende der 0%-Zinspolitik einleiten“), die Schaffung zusätzlicher (steuerlicher) Anreize und die Entwicklung neuer, unkomplizierterer Rentenprodukte. In der Riester-Rente sehen nicht wenige der Interviewpartner aber nicht die Lösung: Immerhin ungefähr jeder sechste fordert hier eine grundsätzliche Reformation oder sogar eine Abschaffung, da in ihren Augen in erster Linie die Versicherungen und Banken an den Abschlüssen verdienen und insbesondere Geringverdiener keinen Nutzen von der Riester-Rente haben. Durch die hohe Abhängigkeit vom Zinsniveau sei die Riester-Rente zudem latent gefährdet (Abbildung 8).

Verbesserungen bei der zweiten Säule der betrieblichen Altersversorgung werden von ungefähr jedem fünften Wirtschaftsexperten erwähnt. Hier geht es in erster Linie darum, (gesetzliche) Strukturen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es auch kleineren und mittleren Unternehmen ermöglichen, unkomplizierter eine betriebliche Altersversorgung anzubieten. Grundsätzlich sollten die Betriebe hier auch mehr Verantwortung übernehmen, wozu aber wiederum ein höheres Zinsniveau nötig sei, um langfristig eine Unterdeckung der Betriebsrenten zu verhindern (Abbildung 8).

Fast genauso häufig wie eine Stärkung der Betriebsrenten wünschen sich die Interviewpartner auch eine Verbreiterung der Einzahler-Basis der gesetzlichen Rentenversicherung durch Einbezug der Beamten und Selbständigen („Relikt aus dem 19. Jahrhundert“; Abbildung 8).

Nur selten werden noch weitere Aspekte angesprochen, wie die Verhinderung einer zu starken Belastung der jüngeren Generation oder die Weiterbildung und Gesundheitsförderung älterer Arbeitnehmer. Ebenfalls jeweils selten sprechen sich einige der Gesprächspartner für die Beibehaltung des bewährten 3-Säulen-Modells, einige andere aber für den Wechsel zu einem steuerbasierten Rentenmodell aus (Abbildung 8).

Im Gegensatz zu anderen, bisher in dieser Studie behandelten Fragestellungen ergeben sich bei der Rentenpolitik deutlichere Unterschiede zwischen den einzelnen Stakeholder-Gruppen. So wird von den befragten Betriebsräten nicht ein einziges Mal der insgesamt am häufigsten genannte Vorschlag, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, genannt. Stattdessen legen die Arbeitnehmervertreter ihren Fokus auf eine Stärkung der Betriebsrenten und eine Reformation bzw. Abschaffung der Riester-Renten. Zudem sprechen sie sich unter bestimmten Voraussetzungen (schlechter Gesundheitszustand, 40 Jahre Beitragszahlung) auch für eine Erleichterung der Frühverrentung aus – ein Punkt, der von Experten der anderen Stakeholder-Gruppen überhaupt nicht thematisiert wird. Im Gegensatz dazu plädieren Vertreter von Unternehmen und Verbänden noch häufiger als der Durchschnitt für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Wirtschaftswissenschaftler befürworten hingegen vergleichsweise häufiger den Einbezug von Beamten und Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Alles in allem wird die derzeitige rentenpolitische Diskussion von den befragten Experten relativ unterschiedlich bewertet. Während eine Hälfte angesichts aus ihrer Sicht tatsächlich vorhandener Versorgungslücken die Notwendigkeit der Diskussion betont, weist die andere Hälfte darauf hin, dass die Debatte sehr hysterisch geführt wird und das Problem der Altersarmut weniger groß ist, als es oftmals dargestellt wird. Dennoch machen alle Experten Vorschläge, wie die Rentenpolitik verbessert werden kann. Insgesamt mit Abstand am häufigsten und insbesondere von Unternehmens- und Verbandsvertretern wird hierbei die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bzw. ein späteres Renteneintrittsalter gefordert. Weiteren Reformbedarf gibt es bei der privaten Vorsorge (höheres Zinsniveau, Schaffung von Anreizen, neue Rentenprodukte) und der betrieblichen Altersvorsorge (Schaffung von Strukturen für KMU) und dem Einbezug von Selbständigen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung.

2.4.3 Bildung und Forschung

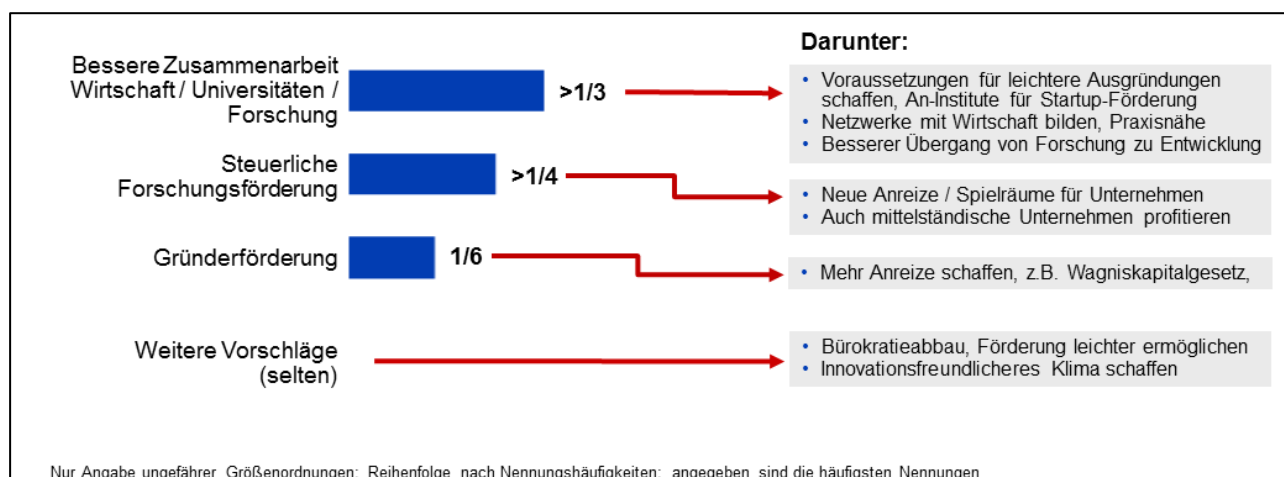
Als ein weiteres wichtiges Thema, das die Experten auch bei den Fragen nach den größten Aufgaben der kommenden Jahre, den wichtigsten politischen Maßnahmen einer neuen Bundesregierung und wachstumsfördernden politischen Maßnahmen immer wieder aktiv thematisierten, wurde auch der Bereich Bildung und Forschung zum Ende des Interviews noch einmal vertiefend aufgegriffen. Die Wirtschaftsexperten wurden hier nach möglichen Reformen im Bildungs- und Forschungsbereich gefragt, durch die Deutschland als Wirtschaftsstandort gestärkt werden könnte. Während fast alle Gesprächspartner mindestens einen Reformvorschlag zur Bildungspolitik nennen, äußern sich nur etwas mehr als die Hälfte speziell zum Forschungsbereich. Die Übergänge zwischen diesen beiden Themen sind allerdings fließend.

Beginnend bei der Forschung sehen etwa ein Drittel der Experten Verbesserungsbedarf bei der Zusammenarbeit von Hochschulen, anderen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft. Dabei geht es im Einzelnen um die Schaffung von besseren Voraussetzungen für Unternehmensgründungen aus der Hochschule heraus („Spin-offs“), beispielsweise durch die Gründung von An-Instituten zur gezielten Startup-Förderung. Ein weiterer Aspekt ist eine grundsätzlich engere Verzahnung von Forschung und Wirtschaft, um praxisnäher am Bedarf der Wirtschaft forschen zu können („Viele mittelständische Unternehmen wissen gar nicht, ob und von wem vielleicht schon an ihren Problemlagen geforscht wird und umgekehrt die Forschung nicht, welche Probleme es

gibt“). Weiterhin sollten nach Meinung der Interviewpartner auch Wege gefunden werden, einen besseren Übergang von der Forschung hin zur Entwicklung zu ermöglichen. Zu häufig werden aus ihrer Sicht in Deutschland aus vielversprechenden Forschungsergebnissen keine entsprechenden Produkte oder Geschäftsmodelle entwickelt (Abbildung 9).

Abbildung 9:

Notwendige Reformen im Forschungsbereich



Am zweithäufigsten wünschen sich die Gesprächspartner die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung, wie es sie in einer Vielzahl anderer Staaten bereits gibt. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen wäre dies aus Sicht dieser Experten ein unbürokratischer Anreiz, mehr in den Forschungsbereich zu investieren (Abbildung 9).

Immerhin noch etwa jeder Sechste befragte Wirtschaftsexperte spricht sich grundsätzlich für eine bessere Förderung von Unternehmensgründern aus, beispielsweise durch die Schaffung von mehr Anreizen über den Beschluss eines Wagniskapitalgesetzes. Selten regen die Gesprächspartner auch noch weitere Reformideen im Forschungsbereich an, z.B. den Abbau bürokratischer Hürden bei der Beantragung von Fördermitteln und langfristig die Schaffung eines innovationsfreundlicheren gesellschaftlicheren Klimas, in dem neue Technologien wie z.B. das Fracking nicht automatisch von vornherein abgelehnt werden (Abbildung 9).

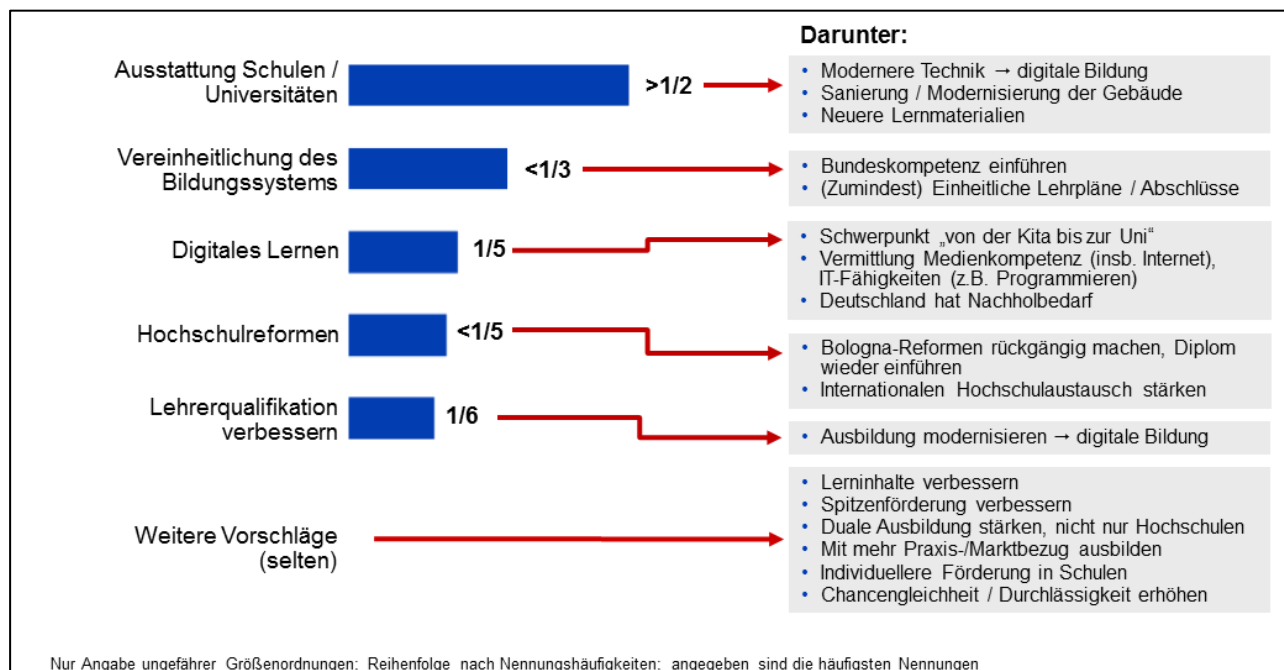
In Bezug auf notwendige Reformen im Bildungsbereich zählen die Interviewpartner eine breite Palette unterschiedlicher Maßnahmen auf, die in ihrer Vielfalt deutlich über den Umfang der Vorschläge hinausgehen, die von den Experten zuvor schon bei anderen Fragestellungen zur Bildungspolitik gemacht wurden (Abbildung 10).

Ganz eindeutige Priorität besitzt aber auch bei der gezielten Frage nach notwendigen bildungspolitischen Reformen die Verbesserung der Ausstattung von Schulen und Universitäten. Mehr als die Hälfte der Wirtschaftsexperten wünschen sich entsprechende Investitionen und fordert insbesondere eine modernere Ausstattung, um die Voraussetzungen für digitales Lernen zu schaffen („Die Situationen vor Ort sind teilweise absurd schlecht“). Aber auch die Sanierung bzw. Modernisierung der Schul- und Universitätsgebäude sowie die Anschaffung neuer Lernmaterialien ist aus Sicht der Experten notwendig (Abbildung 10).

Am zweithäufigsten und immerhin von fast jedem Dritten vorgeschlagen wird aber auch eine Vereinheitlichung des Bildungssystems. Viele dieser Gesprächspartner wünschen sich tatsächlich die Kompetenz des Bundes für die Bildungspolitik, da „zu viele Köche den Brei verderben“. Oft wird aber in diesem Zusammenhang zugestanden, dass eine solch gravierende Änderung am Wider-

stand der Bundesländer scheitern wird und deshalb wenig realistisch ist. Als kleinere Lösung spricht man sich deshalb zumindest für einheitliche Lehrpläne und Abschlüsse aus. Bei den Abschlüssen ist es besonders entscheidend, dass diese auch nach einheitlichen Gesichtspunkten bewertet werden („Was drauf steht, muss auch drin sein“; Abbildung 10). Ein auch in Zukunft weiter bestehendes ungleiches Bildungsniveau schwächt hingegen aus Sicht der Wirtschaftsfachleute den Standort Deutschland.

Abbildung 10:

Notwendige Reformen im Bildungsbereich

Zusätzlich zur technischen Modernisierung der Schulen, die sich bereits beim wichtigsten Aspekt der Verbesserung der Ausstattung wiederfindet, erwarten ein Fünftel der Gesprächspartner auch Reformen, um das digitale Lernen künftig „von der Kita bis zur Uni“ im deutschen Bildungssystem als Schwerpunkt zu verankern. Dabei geht es z.B. um die Vermittlung von mehr Medienkompetenz und IT-Fähigkeiten oder auch die Schaffung neuer Studienfächer und Ausbildungsgänge. Insgesamt sieht man hier im Vergleich zu anderen Ländern viel Nachholbedarf („Ohne eine Verbesserung auf diesem Gebiet werden wir mittelfristig von anderen Nationen in der Wirtschaftsentwicklung abgehängt werden“; Abbildung 10).

Ebenfalls ungefähr jeder fünfte Interviewpartner spricht auch Reformen im Hochschulbereich an. Neben verschiedenen Einzelvorschlägen (z.B. bessere Vernetzung von Studiengängen) werden dabei zwei Punkte häufiger angesprochen. Zum einen handelt es sich dabei um Kritik an den Bologna-Reformen bzw. speziell den Bachelor-Abschlüssen („Die Abgänger sind teilweise persönlich noch unreif, das Studium war für sie quasi ein verlängerter Schulunterricht“). Zum anderen wird eine Stärkung des internationalen Hochschulaustausches gefordert, beispielsweise durch ein verpflichtendes Auslandssemester (Abbildung 10).

Noch etwa jeder Sechste der befragten Wirtschaftsfachleute fordert auch eine Verbesserung der Lehrerqualifikation, insbesondere durch eine Schwerpunktsetzung auf digitale Bildung schon während der Lehrerausbildung. Selten werden noch verschiedene weitere Reformvorschläge vorgebracht, wie z.B. eine Verbesserung der Lerninhalte, eine bessere Spitzenförderung, eine Stärkung

der dualen Ausbildung, mehr Praxisbezug der Studiengänge, eine individuelle Förderung in den Schulen und eine größere Durchlässigkeit des Bildungssystems (Abbildung 10).

Bei Betrachtung der Ergebnisse nach den unterschiedlichen Stakeholder-Gruppen lassen sich leicht unterschiedliche Schwerpunktsetzungen ausmachen. So ist eine Verbesserung der Ausstattung der Schulen und Universitäten zwar in allen Teilgruppen das wichtigste Thema, aber Unternehmen und Verbände legen auch einen vergleichsweise größeren Fokus auf eine Stärkung der digitalen Bildung. Eine Vereinheitlichung des Bildungssystems wird hingegen überdurchschnittlich häufig durch Wirtschaftswissenschaftler und Arbeitnehmervertreter gewünscht.

Fasst man die Ergebnisse zusammen, nennen fast alle Wirtschaftsfachleute mindestens einen Reformvorschlag zur Bildungspolitik, aber nur etwas mehr als die Hälfte einen speziell zum Bereich Forschung.

Im Forschungsbereich geht es den Gesprächspartnern in erster Linie um eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Hochschulen und anderen Forschungsinstituten, aber auch um die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung und etwas seltener auch die spezielle Förderung von Gründern.

Im Bildungsbereich finden sich im Wesentlichen die bereits aus vorherigen Fragestellungen bekannten Antwortmuster wieder, allerdings fallen die gemachten Vorschläge deutlich vielfältiger aus. Ein Schwerpunkt liegt ganz eindeutig auf der Verbesserung der (technischen) Ausstattung von Schulen und Universitäten, um insbesondere die Voraussetzungen für digitales Lernen zu verbessern. Weiterhin werden Forderungen nach einer Vereinheitlichung des Bildungssystems laut, als kleinster gemeinsamer Nenner zumindest was Lehrpläne und Bildungsabschlüsse angeht. Hinzu kommen Verbesserungsvorschläge in den Teilbereichen digitale Bildung, Hochschulen und Lehrerausbildung.

2.5 Positive Aspekte des Lebens in Deutschland

Trotz aller Verbesserungsvorschläge und Kritikpunkte im Einzelnen wurde bereits bei der Eingangsfrage zu den Stärken des Wirtschaftsstandorts Deutschland, aber auch während des weiteren Gesprächsverlaufs immer wieder deutlich, dass die befragten Experten insgesamt einen überwiegend guten Eindruck von Deutschland haben. Um die Gespräche mit einem positiven Bild zu beenden, wurden die Experten zudem zum Abschluss darum gebeten, den Satz „Mich begeistert an Deutschland besonders...“ spontan zu ergänzen. Auch wenn die Experten hierbei oft ganz unterschiedliche Dinge hervorheben, lassen sich doch einige Gemeinsamkeiten herausarbeiten. Diese können gut in einer so genannten Wortwolke mit den am häufigsten verwendeten Begriffen (ähnliche Formulierungen wurden zusammengefasst) dargestellt werden (Abbildung 11).

Am häufigsten findet sich darin der Begriff „Vielfalt“, die sich insbesondere auf die Menschen des Landes mit unterschiedlicher kultureller Herkunft, aber auch die Unternehmen bezieht. „Unternehmen“ und auch „Wirtschaft“ werden, sicher auch bedingt durch das Thema des Gespräches, ebenfalls häufig positiv hervorgehoben. Im Zusammenhang mit diesen beiden Begriffen werden insbesondere der „Mittelstand“, aber z.B. auch „Innovationen“, „Tatkraft“, „Stärke“ und sozial verantwortliches Handeln betont.

Häufiger hervorgehoben wird auch die „Sicherheit“, sei es die ökonomische oder aber auch die Sicherheit im alltäglichen Leben. Die „Stabilität“ beziehen die Experten, die diesen Begriff nutzen, ebenfalls nicht nur auf die wirtschaftliche Situation, sondern auch auf das politische und gesellschaftliche System. Der soziale Aspekt spielt ebenfalls häufiger in den Antworten der Experten

eine Rolle. Hinzu kommt eine Vielzahl weiterer Betrachtungsweisen, die der dargestellten Wortwolke entnommen werden können (Abbildung 11).

Abbildung 11:

Begriffswolke: Mich begeistert an Deutschland / Deutschland ist besonders...



Zusammenfassend gesagt verweisen die Wirtschaftsexperten bei der Beschreibung positiver Aspekte des Lebens in Deutschland sicher auch bedingt durch das Hauptgesprächsthema vor allem auf wirtschaftliche Aspekte, verbinden diese aber häufig mit politischen oder gesellschaftlichen Gesichtspunkten. Insgesamt werden so zahlreiche positive Aspekte Deutschlands sichtbar, an die man auch in Zukunft anknüpfen kann.

3 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Insgesamt 44 Wirtschaftsexperten, darunter 20 Unternehmensvertreter, 12 Verbandsvertreter, 5 Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter von Stiftungen, 4 Vertreter von Gewerkschaften sowie 3 Fachjournalisten, wurden in der Zeit vom 1. Dezember 2016 und dem 23 Januar 2017 mittels qualitativer Leitfadengespräche zu ihrer Sicht der Stärken und Schwächen der Wirtschaft in Deutschland, den größten Herausforderungen für Deutschland in den kommenden Jahren und der Rolle der Politik befragt. Darüber hinaus wurde mit den Interviewpartnern über zentrale Themen wie Arbeit und Soziales, Renten, Bildung und Forschung ausführlicher gesprochen.

Ungeachtet einer insgesamt erkennbar überwiegend positiven Grundhaltung zum derzeitigen Zustand der deutschen Wirtschaft werden **Schwächen ähnlich häufig angesprochen wie Stärken**. Sowohl in Verbindung mit den Stärken als auch mit den Schwächen sind die politischen und staatlichen Rahmenbedingungen eindeutig der wichtigste Einflussfaktor. Ein Vergleich der Stärken und Schwächen zeigt auch, dass die deutsche Wirtschaft immer noch auf einem verlässlichen Fundament verschiedener Stärken beruht und es keiner fundamentalen wirtschaftspolitischen Richtungsänderung bedarf, wohl aber Defizite erkennbar werden, die den zukünftigen Erfolg gefährden können und deshalb angegangen werden sollten.

Die Digitalisierung des Wirtschaftslebens wird insgesamt als mit Abstand **dringendste Herausforderung für Deutschland in den kommenden Jahren** angesehen. Hier gibt es aus Expertensicht auch erheblichen Nachholbedarf, sowohl auf Seiten der Politik (Ausbau digitaler Infrastruktur), als auch teilweise der Wirtschaft (Anpassungsfähigkeit). Bei den weiteren „großen Aufgaben“ handelt es sich um den demografischen Wandel bzw. die damit verbundene Fachkräftesicherung, die Flüchtlingskrise bzw. die damit verbundenen Integrationsleistungen, notwendigen Verbesserungen im Bildungsbereich und im besten Fall der Ausweitung des Freihandels, zumindest aber den Erhalt des Status quo.

Die Erwartungen zu den **wichtigsten politischen Entscheidungen einer (neuen) Bundesregierung** belegen, dass sich die Gesprächspartner insgesamt ein breites Spektrum an politischen Maßnahmen erhoffen, die im Wesentlichen alle für die Wirtschaft relevanten Problemfelder und somit auch die zuvor bereits thematisierten Herausforderungen für Deutschland betreffen. Ein Schwerpunkt liegt allerdings auch bedingt durch die eher „politische Ebene“ der Fragestellung im Bereich der EU-, Außen- und Verteidigungspolitik, aber auch der Integration der Flüchtlinge bzw. der Zuwanderung generell. Zu den meistgenannten erwarteten politischen Entscheidungen gehören zudem auch Maßnahmen zur Reform des Rentensystems, mehr Investitionen in die Bildung und eine Förderung der Digitalisierung durch einen schnelleren Ausbau der Breitband- und Mobilfunknetze.

Bei den Antworten zu **wachstumsfördernden politischen Maßnahmen** gibt es wiederum ein breites Spektrum von Nennungen. Fast jeder Gesprächspartner nennt nach kurzer Überlegungszeit mindestens eine Maßnahme, auch wenn ein Fünftel spontan eher geringe Einflussmöglichkeiten durch die Politik sieht. Mit Ausnahme der Betriebsratsvertreter versprechen sich die Experten dabei insgesamt am meisten von einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, insbesondere hinsichtlich der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeiten, und einer Reduktion der Dokumentationspflichten für Unternehmen. Fast genauso wichtig sind aber auch Investitionen in die Infrastruktur, die als Fundament für eine erfolgreiche Wirtschaft angesehen wird. Weitere Möglichkeiten sehen die Experten in den Bereichen Bildung und Forschung, Steuersenkungen, der Förderung der Digitalisierung und einer Reduktion der Energiekosten für Unternehmen.

Haushaltsüberschüsse sollten aus Sicht der Wirtschaftsfachleute in erster Linie für Investitionen in die digitale und Verkehrsinfrastruktur, aber auch in das Bildungssystem **verwendet** werden. Der

Schuldenabbau oder auch steuerliche Entlastungen zur Konjunkturförderung besitzen demgegenüber eine etwas niedrigere Priorität. Allerdings wird zumeist eine Kombination verschiedener Möglichkeiten genannt, nur selten wollen die Experten den Haushaltsüberschuss nur für einen einzigen Aspekt nutzen.

Es wird deutlich, dass die Rentenpolitik mit Abstand vor der Flexibilisierung des Arbeitsrechts bzw. der Arbeitswelt das **wichtigste sozialpolitische Thema** der kommenden Jahre darstellt und eine gesonderte, vertiefende Behandlung des Themas in den Expertengesprächen auch im Nachhinein sinnvoll war. Im Zusammenhang mit der flexibleren Gestaltung des Arbeitsrechts zielen die Experten zumeist auf eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen ab, die in Zeiten einer zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt in der aktuellen Fassung aus ihrer Sicht nicht mehr zeitgemäß sind. Auf den Rängen drei bis fünf der wichtigsten sozialpolitischen Themen folgen eben jene Digitalisierung der Arbeitswelt sowie die Themenkomplexe Löhne und Gesundheit / Pflege.

Eine **Begrenzung der Lohnzusatzkosten auf bzw. knapp unter 40%** halten fast alle Wirtschaftsexperten für wichtig, damit die deutschen Unternehmen international konkurrenzfähig bleiben können. Eine Minderheit gibt allerdings zu bedenken, dass zur Aufrechterhaltung des Sozialsystems in einer alternden Gesellschaft auch höhere Anteile notwendig sein können, auch wenn eine Begrenzung grundsätzlich richtig und wichtig ist.

Das **soziale Sicherungsniveau in Deutschland** wird gerade im internationalen Vergleich von fast allen Gesprächspartnern als sehr hoch eingestuft, auch wenn es in einzelnen Teilbereichen durchaus Probleme gibt. Das dieses Thema trotzdem immer wieder zu **politischen Auseinandersetzungen** führt, liegt aus Expertensicht vor allem an der unmittelbaren, emotionalen Betroffenheit der Bürger und an den politischen Akteuren und Sozialverbänden, die versuchen in der öffentlichen Debatte ihre Ideologie durchzusetzen bzw. mit ihrem sozialpolitischem Programm bestimmte Wählergruppen zu erreichen.

Die derzeitige **rentenpolitische Diskussion** wird von den befragten Experten relativ unterschiedlich bewertet. Während eine Hälfte angesichts aus ihrer Sicht tatsächlich vorhandener Versorgungslücken die Notwendigkeit der Diskussion betont, weist die andere Hälfte darauf hin, dass die Debatte sehr hysterisch geführt wird und das Problem der Altersarmut weniger groß ist, als es oftmals dargestellt wird. Dennoch machen alle Experten **Vorschläge, wie die Rentenpolitik verbessert** werden kann. Insgesamt mit Abstand am häufigsten und insbesondere von Unternehmens- und Verbandsvertretern wird hierbei die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bzw. ein späteres Renteneintrittsalter gefordert. Weiteren Reformbedarf gibt es bei der privaten Vorsorge (höheres Zinsniveau, Schaffung von Anreizen, neue Rentenprodukte) und der betrieblichen Altersvorsorge (Schaffung von Strukturen für KMU) und dem Einbezug von Selbständigen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung.

Fast alle Wirtschaftsfachleute nennen mindestens einen Reformvorschlag zur **Bildungspolitik**, aber nur etwas mehr als die Hälfte einen speziell zum Bereich **Forschung**.

Im **Forschungsbereich** geht es den Gesprächspartnern in erster Linie um eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Hochschulen und anderen Forschungsinstituten, aber auch um die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung und etwas seltener auch die spezielle Förderung von Gründern. Im **Bildungsbereich** finden sich im Wesentlichen die bereits aus vorherigen Fragestellungen bekannten Antwortmuster wieder, allerdings fallen die gemachten Vorschläge deutlich vielfältiger aus. Ein Schwerpunkt liegt ganz eindeutig auf der Verbesserung der (technischen) Ausstattung von Schulen und Universitäten, um insbesondere die Voraussetzungen für digitales Lernen zu verbessern. Weiterhin werden Forderungen nach einer Vereinheitlichung des Bildungssystems laut, als kleinster gemeinsamer Nenner zumindest was Lehrpläne und Bildungs-

abschlüsse angeht. Hinzu kommen Verbesserungsvorschläge in den Teilbereichen digitale Bildung, Hochschulen und Lehrerausbildung.

Die Wirtschaftsexperten verweisen bei der **Beschreibung positiver Aspekte des Lebens in Deutschland** sicher auch bedingt durch das Hauptgesprächsthema vor allem auf wirtschaftliche Aspekte, verbinden diese aber häufig mit politischen oder gesellschaftlichen Gesichtspunkten. Insgesamt werden so zahlreiche positive Aspekte Deutschlands sichtbar, an die man auch in Zukunft anknüpfen kann.

Bei einer abschließenden Gesamtbetrachtung und Ableitung von Schlussfolgerungen lohnt es sich über die soeben nochmals geschilderten zentralen Untersuchungsergebnisse hinaus auch die zusätzlichen Anmerkungen und Begründungen, die die Experten bei der Beantwortung der einzelnen Fragen machten, mit zu berücksichtigen. Folgende **Schlussfolgerungen** liegen bei synoptischer Bewertung der gesamten Ergebnisse einschließlich der Kommentare und Anmerkungen nahe:

1. Die derzeitige insgesamt positive wirtschaftliche Situation Deutschlands spiegelt sich auch in einer entsprechenden Grundstimmung der Experten wider. Sie nehmen zwar durchaus Schwächen der deutschen Wirtschaft wahr, benennen aber auch zahlreiche Stärken des Wirtschaftsstandortes und positive Eigenschaften des Landes, die es zu bewahren und auszubauen gilt.
2. Der Konsens bezüglich zentraler Themen bzw. der größten Herausforderungen und Verbesserungsvorschläge zwischen den Experten der unterschiedlichen Stakeholder-Gruppen fällt insgesamt größer aus, als vor der Untersuchung erwartet. Trotz teils unterschiedlicher Rollen und Interessenslagen existiert offenbar bei vielen Themen eine gemeinsame Perspektive auf die Stellschrauben, die bewegt werden müssen, um positive Veränderungen anzustoßen.
3. Auch wenn die Einflussmöglichkeiten der Politik in Zeiten einer globalisierten Wirtschaft begrenzt sind, kann sie doch aus Sicht der Experten die Rahmenbedingungen für Unternehmen in Deutschland verbessern und so den Grundstein für mehr Wachstum legen. Hierbei erscheint es den Experten häufig schon als ausreichend, wenn die Politik den Unternehmen nicht durch immer weitere bürokratische Hürden und zunehmende Regulierung das Leben erschwert.
4. Bei den wichtigsten Themen und größten Aufgaben der kommenden Jahre ganz vorne liegen in der Wahrnehmung der Experten nicht die in der Öffentlichkeit breit diskutierten, emotional besetzten Themen Innere Sicherheit und Flüchtlingskrise, sondern langwierige Prozesse wie die Digitalisierung des Wirtschaftslebens und die Folgen des demografischen Wandels. Auch auf diese Fragen erwartet man von der Politik Antworten bzw. Lösungsansätze. Derzeit besteht häufig eher das Gefühl, dass die Politik „eigentlich“ entscheidende Themen aus den Augen verliert und deshalb auch notwendige Entscheidungen und Maßnahmen erst (zu) spät erfolgen.
5. Die derzeit gute wirtschaftliche Lage Deutschlands hängt aus Expertensicht nicht zuletzt mit der im Gegensatz zu anderen Staaten immer noch vorhandenen, starken und breiten industriellen Basis zusammen. Bedingt durch den Digitalisierungsprozess mit zunehmender Automatisierung der Herstellungsprozesse und der Substitution traditioneller Industrieprodukte durch neue Technologien oder Softwarelösungen gibt es aber keine Garantie, dass dies auch in Zukunft noch der Fall sein wird. Die Digitalisierung und der Wandel hin zu In-

dustrie 4.0 sind deshalb aus Sicht der meisten Experten das zentrale Thema, wenn es um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland geht. Hierzu gehören u.a.

- Schaffung einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur im Breitband- und Mobilfunkbereich auf dem Level der auf diesem Gebiet führenden Nationen
 - Schaffung der Voraussetzungen für digitales Lernen an den Schulen durch Investitionen in die technische Ausstattung
 - Flexibilisierung der gesetzlichen Arbeitszeitregelungen, die derzeit häufig noch moderneren Arbeitsformen entgegen stehen
6. Dem demografischen Wandel sollte nach Meinung der Wirtschaftsfachleute sowohl durch deutlich höhere Investitionen in den Bildungsbereich als auch durch qualifizierte Zuwanderung begegnet werden. Auch wenn die Politik der Bundesregierung in diesem Zusammenhang häufig gelobt wird, sind die im Rahmen der Flüchtlingskrise zugewanderten Menschen dabei aufgrund ihres zumeist niedrigen Qualifizierungsgrades nicht die Lösung des Problems.
 7. Die europa- und außenpolitischen Entwicklungen mit zunehmenden isolationistischen und protektionistischen Tendenzen beunruhigen die Wirtschaftsexperten. Von der Politik wird in diesem Zusammenhang eine klare Positionierung zum Freihandel und zu Europa eingefordert, im Einzelfall aber durchaus auch pragmatisches Handeln, wenn es der Wirtschaft zu Gute kommt.
 8. Bei der Verwendung von Haushaltsüberschüssen gibt es eine klare Tendenz hin zu Investitionen in lange aufgeschobene Infrastrukturprojekte und Zukunftsthemen, ohne dass aber nicht auch ein Teil für den Schuldenabbau verwendet oder der steuerlichen Entlastung der Bürger zu Gute kommen sollte.
 9. Die Stabilisierung der Lohnzusatzkosten ist aus Expertensicht entscheidend, damit die deutschen Unternehmen international konkurrenzfähig bleiben können. Dem Schwellenwert von 40% wird dabei vor allem eine disziplinierende Wirkung zugesprochen.
 10. Die Wirtschaftsexperten sehen im Bereich der Rentenpolitik insgesamt keine Alternativen zum derzeitigen 3-Säulen-Modell. Mittelfristig führt nach Ansicht einer Mehrheit aber kein Weg an einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit vorbei, will man die junge Generation nicht durch zu hohe Beiträge überfordern und die gesetzliche Rente zukunftsfähig machen. Zusätzlich bedarf es aber auch neuer, attraktiverer Produkte bei der privaten Vorsorge.
 11. Verbesserungen im Bildungsbereich sind aus Sicht der Wirtschaftsexperten in erster Linie im schulischen Bereich notwendig, wo es bei der Ausstattung, aber auch einem uneinheitlichen Bildungsniveau hakt. Das durchweg gelobte duale Ausbildungssystem sollte hingegen in jedem Fall unangetastet bleiben und auch im Vergleich zur akademischen Ausbildung nicht geschwächt werden.
 12. Im Bereich der Forschung und Entwicklung bringen die Wirtschaftsexperten an verschiedenen Stellen immer wieder die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung ins Spiel, die vor allem bei kleineren und mittleren Unternehmen zu einer größeren Forschungsaktivität führen könnte. Zusätzlich bedarf es einer besseren Vernetzung von Universitäten, anderen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft, da aktuell entweder oft am Bedarf der Wirtschaft vorbei geforscht wird, oder aber Forschungsergebnisse nicht zu marktreifen Produkten weiterentwickelt werden.